Nr. 17 — Jahrgang 13 · Einzelnummer 0,20 Zl. · Sonnabend, den 21. Januar 1928

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Neuer Kurs in Danzig

Fast zwei Monate hat es gedauert, bis die Deutschnationalen begriffen haben, daß die Novemberwahlen zum Volkstag endgültig entschieden haben, daß die Freie Stadt Danzig nicht mehr in den Abgrund hineingewirtschaftet werden will. Noch in letzter Stunde hat man versucht, einen Bürgerblock aller Parteien zu schaffen, um die Sozialdemokratie von der politischen Macht auszuschalten. Es ist eine Koalitionsregierung, wie alle früheren Regierungen Danzigs, und darum wird es gut sein, die Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen. Die Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums hätten eigentlich genügt, um eine stabile Regierung zu bilden, denn beide Parteien haben von den 120 Sitzen im Volkstag 60 und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie von einer oder der anderen Splitterpartei Unterstützung gefunden hätten, an denen es auch in Danzig nicht mangelt. Man hat es aber vorgezogen, die Liberalen in die Regierung einzubeziehen, wodurch man zwar die Mehrheit erweitert, aber keineswegs die Regierungsarbeiten erleichtert hat. Gewiß sind sie als Gegengewicht gegen das Zentrum notwendig, welches nur schweren Herzens auf die Formel der Verfassungsänderung eingehen will, welche die Sozialdemokratie als Hauptaufgabe ihrer Regierungstätigkeit betrachtet. Und gerade dieser Programmpunkt der neuen Regierung war es, der die Koalitionsbildung fast in letzter Stunde zum Scheitern gebracht hätte, wenn nicht eine Formel gefunden worden wäre, welche besagt, daß Danzig nach Hamburger Muster regiert werden soll. Also die Regierung ist von parlamentarischer Mehrheit abhängig, die Mitglieder können mit einem Mißtrauensvotum „beehrt“ werden und müssen dann gehen, der Volkstag selbst kann sich durch eine Zweidrittelmehrheit auflösen, was bisher in der Danziger Verfassung nicht vorgesehen war und gerade für die Deutschnationalen die sicherste Stütze ihrer Futterkrippenpolitik bildete.

Es ist schon bei anderer Gelegenhei darauf verwiesen worden, daß die letzten Volkstagswahlen der Sozialdemokratie eine Mehrheit gebracht haben, doch wollten dies die Deutschnationalen nicht begreifen, daß sie nun von der Regierung fortmüssen, die sie stets inne hatten und nur vorübergehend an die Sozialdemokratie abgeben mußten. Zentrum und Liberale waren fast immer in der Koalition und die neuen Männer waren fast alle gleichfalls in der Regierung tätig. Woran es der Sozialdemokratie liegt, das ist die Zahl der Volkstagsmitglieder von 120 auf 72 zu reduzieren, den Senat von 22 auf 12 Mitglieder herabzusetzen, davon 5 hauptamtliche Senatoren, einschließlich des Präsidenten und 7 parlamentarische, nebenamtliche Senatoren zu schaffen. Man geht von der Voraussetzung aus, daß die 22 hauptamtlichen Senatoren eine untragbare Belastung des kleinen Staatswesens sind und geht schließlich auch dazu über, dem Magistrat die innere Stadtverwaltung des Freistaates zu übertragen. Hinzu kommt, daß die Verfassung dahin geändert werden soll, daß der Volkstag sich mit Zweidrittelmehrheit selbst auflösen kann. Aber schließlich sind das nicht die Hauptforderungen, vor denen die Deutschnationalen zittern, sondern der Umstand, daß die Sozialdemokratie auch hinsichtlich der Gesetzgebung vorwärts schreiten will und eine Reihe sozialer Gesetze, die bereits im Reich wirksam sind, auch auf Danzig ausgedehnt wissen will, und hier stößt sie auf Widerstand, indem man sie „sozialistischer“ Experimente verdächtigt.

Eines der Hauptaufgaben aber, die sich die neue Regierung gestellt hat, ist ein besseres Einvernehmen mit seinem polnischen Nachbar zu schaffen. Man wird kaum behaupten wollen, daß polnischerseits der gleiche Wunsch ausgesprochen wurde, wenn auch eine der letzten Reden des polnischen Außenministers verstehen läßt, daß Danzig im Falle einer Linksregierung auf ein Entgegenkommen rechnen darf. Eine Reihe von Fragen, von welchen die Souveränität des Freistaats abhängig ist, wird ihm polnischerseits bestritten, und denken wir an die Fragen der Westerplatte, der sogenannten polnischen Briefkästen außerhalb der Polen zugewiesenen Zone, und schließlich an die Stationierung polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen, so wird man begreifen, daß es nicht leicht sein wird, von Polen hier Konzessionen zu erlangen. Und gelingt es hier der neuen Regierung nicht, einigermaßen befriedigende Zugeständnisse zu erlangen, so wird sie eben einen schweren Stand bei ihren Arbeiten haben. Denn es ist nicht so einfach zu glauben, daß polnischerseits auf eine größere Beeinflussung Danzigs verzichtet wird, gerade deswegen, weil eine Linksregierung am Ruder ist. Jedenfalls zeigen die Sozialisten den guten Willen, mit Polen eine Vereinigung herbeizuführen, wohl wissend, daß Polen als Hinterland des Freistaates zur Gesundung der Wirtschaft beitragen kann und durch Verschärfen der Konflikte kann Danzig in seinem Wiederaufbau hinangehalten werden. Die neue Regierung wird am Mittwoch dem Volkstag ihr Programm vorlegen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie auch die Bestätigung findet. Jedenfalls steht Danzig zum zweiten Male unter sozialistischer Führung und die Zukunft wird hoffentlich bald nach der Verfassungsänderung und nach den Neuwahlen eine sozialistische Regierung bringen.

—ll.

Die russische Opposition abgeschoben

Die Furcht vor der Verbindung mit dem Ausland — 3 Tage Galgenfrist für Rakowski — Zur Parteiarbeit verurteilt

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht die Telegraphenagentur der Sowjetregierung folgende Erklärung:

Amtliche Stellen der Sowjetunion haben festgestellt, daß trotz der Beschlüsse des 15. Parteitages die kommunistische Opposition mit Trotzki an der Spitze den Kampf gegen die Sowjetunion und die Partei noch nicht aufgegeben hat. Die russische Opposition mit Trotzki und Sapronow hat eine geheime Organisation gebildet, die den Zweck verfolgt hat, das heutige Parteiregime zu bekämpfen. Die geheime Organisation hat sich zu gewissen Taten gegen die Sowjetunion vorbereitet und versucht, die Verbindung mit ihren Anhängern im Auslande aufzunehmen. Die Regierung der Sowjetunion ist daher genötigt, die Führer der Opposition sofort aus Moskau auszuweisen, und zwar folgende Persönlichkeiten: Trotzki, Smirnow, Serebrjakow, Radek, Beloborodow, Smilga, Ikardin, Safarow und Sosnowski. Bezüglich der Ausweisung Rakowskis und anderer hat die Parteileitung beschlossen, diese Persönlichkeiten aufzufordern, Moskau innerhalb drei Tagen zu verlassen. Hinsichtlich der Ausweisung Sinowjews und Kamenews hat die Parteileitung beschlossen, von einer Ausweisung Abstand zu nehmen; sie werden aber Moskau verlassen und sich nach gewissen Teilen der Sowjetunion begeben, um in kleinen Parteiorganisationen zu arbeiten.

Um das engl. Sicherheits-Memorandum

London. Das englische Memorandum zum Sicherheitsproblem wird von den Morgenblättern im Allgemeinen ohne ausführliche Kommentare wiedergegeben. Eine Ausnahme macht der Daily Chronicle, der die Bedeutung des Memorandums weniger in neuen Aussichten, als in der Zusammenstellung der bei verschiedenen Gelegenheiten und aus verschiedenen Anlässen von maßgebenden britischen Staatsmännern gemachten Aeußerungen zu den im Memorandum berührten Fragen, als den Kern der Note betrachtet. Der „Daily Chronicle“ und mit ihm verschiedene andere Blätter die Ansicht der britischen Regierung, daß das Schiedsverfahren in allen Rechtsstreitigkeiten anwendbar sei. Das Blatt erklärt weiter, daß das Memorandum im Allgemeinen Unterstützung verdiene.

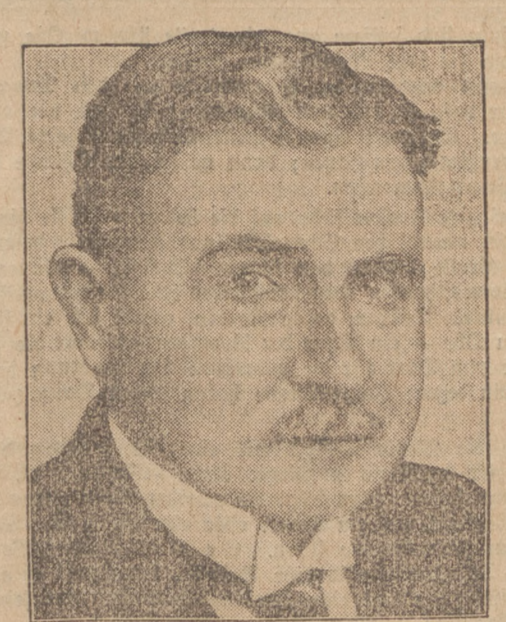
Die „Daily News“ sieht in dem britischen Memorandum wenig mehr als eine ausdrucksvolle Wiederholung der Ansicht der britischen Regierung zu den Friedensproblemen. Es sei tatsächlich reiner Chamberlainismus.

Die „Times“ hebt hervor, daß im Memorandum jede Bezugnahme auf die Dominions fehle.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, das Memorandum verdiene im ganzen unbedingte Gefolgschaft. Ueber den dem Locarnopakt gewidmeten Abschnitt des Memorandums sagt der Korrespondent, an anderen Mächten sei es nur zu tun, was Groß-Britannien für das Rheinland getan habe.

Groener zum Reichswehrminister ernannt

Berlin. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler von seinem Amte als Reichswehrminister entbunden und den Reichsminister a. D., Generalleutnant a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.



General Groener

Als Nachfolger Geßlers ist jetzt der General Groener bestätigt worden. Als früherer Militär würde er durchaus als Fachminister anzusehen sein, und auf der andern Seite würde er als ehemaliger Reichsminister auch die notwendigen politischen Qualitäten mitbringen.

Neue Aufstände in Mexiko

Die Rebellen nach schweren Kämpfen geschlagen.

Mexiko. In einzelnen Teilen Mexikos sind in den letzten Tagen wieder Aufstände zu verzeichnen. Die Regierung hat gegen die Rebellen sofort starke Truppenkommandos eingesetzt und dort, wo das Gelände unzugänglich ist, Kampfflugzeuge zur Abwehr benutzt. Der Aufstand ist zum großen Teil bereits nach schweren Kämpfen niedergeschlagen worden. Die Rebellen sind flüchtig und haben zahlreiche Tote und Kriegsmaterial zurückgelassen.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

Warschau. Die litauische Antwortnote wurde Donnerstag mittag durch den aus Kowno zurückgekehrten Sonderkuriers, Grafen Tarnowski dem polnischen Außenminister eingehändigt. Am Nachmittag fand in Belvedere eine längere Konferenz Pilsudskis mit dem Außenminister über den Inhalt der litauischen Note statt. Der vollständige Wortlaut der Note wird noch immer geheimgehalten. In diesem Zusammenhang verlautet, daß die kommenden polnisch-litauischen Verhandlungen keinesfalls vor Anfang Februar, wahrscheinlich frühestens Mitte Februar, beginnen werden. Die Verhandlungen sollen nicht in Riga stattfinden, wie geplant wurde, sondern möglicherweise in Helsingfors oder Stockholm.

Zur deutsch-französischen Annäherung

Paris. Im „Paris Midi“ gibt Perreux seine Unterhaltungen mit Reichstagsabgeordneten der verschiedenen Parteien wieder. Dabei stellt er fest, daß alle Abgeordneten die Rheinlandbesatzung als mit Locarno unvereinbar und als ein Hindernis für die deutsch-französische Annäherung angesehen habe. Perreux hebt die Ausführungen des Abgeordneten von Rheinbaben besonders hervor. Dieser habe ihm erklärt, daß Deutschland einerseits trotz der großen Worte von Genf keinen Abzug der Rheinlandbesatzung sehe und andererseits feststellen müsse, daß andere Verträge in Vorbereitung seien, von denen Deutschland selbst nicht allzuviel wisse. Deutschland habe ein politisches Recht auf die Rheinlandräumung. Rheinbaben betonte, daß es ein Irrtum sei, Locarno als mit der Rheinlandfrage in keiner Verbindung stehend anzusehen. Schon in den Vorverhandlungen zu Locarno hätte die Reichsregierung erklärt, daß sie beide Fragen als verbunden ansehe. Keine Beziehungen aber gebe es zwischen dem Rheinlandproblem und der Sicherheits- bezw. der Reparationsfrage. Aus seinen Besprechungen mit anderen deutschen Politikern zieht Perreux den Schluß, daß alle politischen Kreise Deutschlands auf Elsaß-Lothringen verzichtet hätten. Das einzige Hindernis für die deutsch-französische Annäherung sei Frankreichs Haltung in der Rheinlandfrage, dem Korridorproblem und der Anschlußfrage.

Der Zentrumsstreit verkleistert

Der Zwischenfall Stegerwald beigelegt?

Berlin. Der Zentrumsfraktionsvorstand des Reichstages beschäftigte sich heute in den späten Abendstunden mit dem Zwischenfall Marx-Stegerwald. Wie bestimmt verlautet, wurde die Angelegenheit durch eine Aussprache und durch einen Briefwechsel gütlich beigelegt.

Dowgalewski bei Briand

Paris. Außenminister Briand hat Donnerstag nachmittag den neu ernannten russischen Botschafter Dowgalewski empfangen, und ihm sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Um den deutschen Einheitsstaat

Länderkonferenz in Berlin.

Montag ist in der Reichskanzlei die Deutsche Länderkonferenz eröffnet worden. Etwa hundert Ministerpräsidenten, Minister und Regierungsvertreter versammelten sich in feierlichem Gedränge. Das Aeußere der Konferenz spannt die Erwartungen hoch — mit Unrecht! Der Glanz dieser Versammlung ist eine Verbeugung vor dem größten politischen Problem Deutschlands, der Frage des Einheitsstaates — aber nicht mehr. Trotz des äußeren Glanzes wird von dieser Konferenz die große geschichtliche Tat nicht ausgehen. Sie wird die deutsche Frage so wenig lösen, wie alle Versuche der Regierungen zwischen 1849 und 1870, die sämtlich gescheitert sind.

Diese Konferenz ist im Oktober des vorigen Jahres beschlossen worden, als die Länder gegen die Kosten räsonierten, die ihnen die Besoldungserhöhungen auferlegen sollten. Finanzpolitische Gesichtspunkte, nicht staatspolitische Gesichtspunkte haben zu ihrer Einberufung geführt. Daß die Länderkonferenz heute nicht an der Besprechung des brennenden Problems des Einheitsstaates vorübergehen konnte, ist nicht das Verdienst der Reichsregierung von heute, sondern des ständig wachsenden Willens zum Einheitsstaat im Volke.

Kann denn die deutsche Frage überhaupt von den Regierungen gelöst werden, die jetzt in Berlin versammelt sind? Reichstagswahlen und Landtagswahlen werden in kurzer Frist die politische Zusammensetzung der Reichsregierung und wichtiger Länderregierungen verändern. Aber bleiben nicht die Verwaltungen, die Sachverständigen, die Beamten, die die Frage der Einheit in den Aemtern weiter bearbeiten werden? Wer in der Frage des Einheitsstaates Hoffnungen auf die Bureaukratie setzt, der muß sich in Geduld fassen und muß nach Jahrzehnten rechnen! Nicht aus der Verwaltung heraus sind die großen Antriebe der großen Einheitsbewegung gekommen. Die wirkliche deutsche Einheit wird nicht von oben, sondern von unten kommen.

Schon der Auftakt der jetzigen Konferenz zeigt, was man von ihr erwarten kann. Das Programm, das Reichskanzler Marx bei ihrer Eröffnung entwickelte, zieht ihr von vornherein enge Grenzen: Beseitigung der Enklaven (der in einem Land eingesprengten Gebietsteile eines andern), Erörterung der Uebernahme einzelner Verwaltungszweige durch das Reich, Verwaltungsersparnis. Daß man zur Beseitigung der Enklavenwirtschaft einen so großen Apparat in Szene setzt — das ist ein Selbstzeugnis der Bureaukratie gegen die eigene Wirksamkeit und Brauchbarkeit.

Der bisherige Verlauf läßt schon eine gewisse Resignation erkennen. Der Hamburger Bürgermeister Petersen, der über das staatsrechtliche Verhältnis von Reich und Ländern sprach, hat tapfer das Problem gezeigt, aber auch die Schwierigkeiten der Lösung. Im weiteren Verlauf der Konferenz wird der preußische Ministerpräsident Otto Braun über die Frage des Einheitsstaates sprechen. Er wird als Führer des größten deutschen Landes die Stellung vertreten, die er in der Oeffentlichkeit wiederholt eingenommen hat: Preußen ist bereit, im Reich aufzugehen, sobald es die Gewißheit hat, daß sein Schritt nicht eine Stärkung und Verewigung des Partikularismus und der Zerrissenheit bedeutet. Als Korreferent wird ihm der bayrische Ministerpräsident Dr. Held, der Vertreter des schärfsten Föderalismus, entgegentreten.

Das Problem der deutschen Einheit wird auf dieser Konferenz von allen Seiten her beleuchtet werden. Die Lösung aber muß vom Volke selbst kommen. Es muß die Hemmungen und Widersprüche, die auf dieser Konferenz zutage treten werden, siegreich durchbrechen.

Der Kampf um das französische Rekrutierungsgesetz

Paris. Zu Beginn der Donnerstag-Nachmittagssitzung der Kammer stellte bei Weiterberatung des Rekrutierungsgesetzes der sozialistische Abgeordnete Renaudel den Antrag, daß es dem Parlament überlassen bleiben möge, anläßlich der Budgetberatung darüber zu beschließen, ob eine Einberufung der Reservisten alljährlich geboten sei. Gegen diesen Antrag wandte sich Kriegsminister Painleve. Er betonte, daß ohne Reservistenübungen die Sicherheit nicht gewährleistet werden könne. Er stellte gegen die Annahme des Antrages die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 355 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Die deutsch-schweizerische Turkestan-Expedition

London. Wie aus Allahabad berichtet wird, veröffentlicht die dortige Daily Pioneer Einzelheiten über das Schicksal der deutsch-schweizerischen Expedition, die im vergangenen Jahre nach Chinesisch-Turkestan aufgebrochen ist, um die Salzseen an der Grenze von Tibet zu studieren. Der Führer der Expedition, Dr. Trinkler, hat bereits vor mehreren Jahren eingehende Untersuchungen in Afghanistan angestellt. Weiter gehören der Expedition an: der Geologe Dr. Terra und Roßhard. Die Expedition hat, den aus Yarkand datierten Berichten zufolge, Leh in Kaschmir Mitte Juli verlassen. Ueber Paberang und Marsimikla erreichte sie in 14 Tagen den Waldsee Sirigh Jilgganangkul. Einen Monat später traf sie nach außerordentlichen Beschwerden auf dem Aksai Chin Plateau ein. Hier wurde sie gezwungen, ihr Programm zu ändern und so schnell als möglich nach dem nächsten bewohnten Ort zu reisen, da fast alle Tiere in den sandigen Bezirken des westlichen Tibet eingingen.

Die deutsch-tschechisch-polnischen Zuckerverhandlungen

Berlin. Wie dem Deutschen Handelsdienst aus Amsterdam gedrahtet wird, haben die in Berlin abgehaltenen Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen, der tschechoslowakischen und der polnischen Zuckerindustrie wider Erwarten heute noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Hinsichtlich der zweiten Frage ist es zwischen den deutschen Teilnehmern und den Vertretern der polnischen Zuckerindustrie in den wesentlichen Punkten bereits zu einer Einigung gekommen und es darf erwartet werden, daß am Freitag die Verhandlungen weiter fortgeführt werden, und daß auch bei den nebensächlicheren Teilgebieten eine Einigung zustande kommen wird. Die tschechische Delegation hat im Verlauf der Beratungen ihre Stellung geändert. Während es im Laufe der heutigen Verhandlungen schien, als ob man kurz vor einer Einigung stände, haben sich in den Nachmittagsstunden wegen neuer zusätzlicher Forderungen der tschechoslowakischen Vertreter ernste Differenzen ergeben. Die Verhandlungen mußten infolgedessen in den Abendstunden abgebrochen und auf den Freitag vertagt werden. In den späten Abendstunden haben sowohl innerhalb der tschechoslowakischen als auch der polnischen Delegation weitere interne Besprechungen stattgefunden. In den deutschen Interessentenkreise sieht man dem Ausgang der morgen stattfindenden Verhandlungen mit großer Zuversicht entgegen. Nach Informationen bei der tschechoslowakischen Delegation ist mit einer baldigen Einigung zu rechnen, umsomehr, als unter den Vertretern der tschechoslowakischen Industrie nicht völlige Einstimmigkeit hinsichtlich des taktischen Vorgehens besteht.

Militärspionage in Rumänien

Wien. Wie die Korrespondenz Herzog aus Bukarest meldet, haben die dortigen Behörden eine großangelegte Spionageorganisation entdeckt. Der Student der Medizin Stefan Silai hatte versucht, zwei Militärpersonen im Mobilisierungsbüro gegen Bestechungsgelder zur Herausgabe von wichtigen Dokumenten zu bewegen. Die Untersuchung ergab, daß es sich um eine ausgedehnte Verschwörung handelt, deren Angehörige zumeist ungarische Studenten sind, die einander den Treueid geleistet hatten. Die Eidesformel verpflichtete zum Gehorsam und zur Arbeit für die Wiedergewinnung Siebenbürgens. Mehrere Personen wurden verhaftet. Einige der Verschwörer sind geflüchtet.

Mussolini erobert die Wüste

Schafe und Kamele erbeutet.

Rom. Um die beiden libyschen Kolonien Tripolis und Cyrenaika endgültig territorial miteinander zu verbinden, sowie um das Gebiet an der großen Syrte vollständig zu besetzen und den letzten Widerstand der kriegerischen Mogharba-Stämme zu brechen, haben italienische Kolonialtruppen zwischen dem 3. und 14. Januar eine Reihe von Operationen ausgeführt, die sich zwischen Buerat und Hsun auf eine Strecke von 240 Kilometer ausdehnten. Den italienischen Truppen ist es gelungen, mehrere seit 1915 aufgegebene Ortschaften wieder zu besetzen. Die Aufständischen wurden gezwungen, sich nach Süden in Richtung Casis Zalla in Unordnung zurückzuziehen; sie ließen auf dem Schlachtfeld 100 Tote, 400 Gefangene, 500 Gewehre, 20 000 Schafe, 8000 Kamele, 30 Zelte und viel Material zurück.

Zur Waffenschmuggelaffäre in St. Gotthardt

Frachtbriefvermerk „Transit für Warschau".

Wien. Wie die Korrespondenz Herzog berichtet, ist als Ergebnis der am 17. d. Mts. in St. Gotthardt stattgefundenen Konferenz von Vertretern der österreichischen und der ungarischen Zoll- und Bahnverwaltungen als Aufgeber für die Firma Commercia Universale der Ingenieur Giovanni Curti und als Adressat die Speditionsfirma Berkowitz in Slowenska Novemesto (transit) ermittelt worden. Die Frachtbriefe trugen den Vermerk „Transit für Warschau (Polen)". Die ungarischen Vertreter auf der Konferenz erklärten, daß ihnen die Waggons bereits übergeben worden seien und sie daher der Aufforderung der österreichischen Bevollmächtigten, die fünf Waggons wieder auf österreichisches Gebiet zu befördern, nicht entsprechen könnten. Der österreichischen Delegation wurde anheim gestellt, die fünf Waggons zu besichtigen.

Gdingen bekommt eine Werft

Wie der Krakauer „Kurjer" meldet, ist der Bau einer neuen Werft in dem polnischen Konkurrenzhafen für Danzig Gdingen, beschlossene Sache. Den Auftrag zu dem Bau hat eine französische Firma Normand in Le Havre erhalten. Es handelt sich nicht nur um eine Reparaturwerft, sondern das Unternehmen soll auch Neubauten ausführen. Die Baukosten sind einstweilen mit 15 Mill. Zloty (7 Mill. M.) veranschlagt worden. Die beiden Danziger Werften, von denen die eine polnische Regierungsaufträge erhielt, würden dadurch eine bedeutsame Konkurrenz bekommen.

Bauernrevolte auf Kreta

Berlin. Nach einer Meldung der Berliner Blätter aus Athen haben auf Kreta 500 Bauern, von denen einige bewaffnet waren, die Steuerbeamten überfallen, als diese Steuern einziehen wollten. Sämtliche Archive sind vernichtet worden. Zur Wiederherstellung der Ordnung sind Truppen entsandt worden.

Nordamerikanische Erfolge in Havanna

Neuyork. Auf der panamerikanischen Konferenz in Havanna tagen zur Zeit die Ausschüsse, die sich inzwischen konstituiert haben. Wie verlautet, haben sich bereits 10 Delegationen dem Standpunkt der Vereinigten Staaen angeschlossen, daß Nikaragua und die Interventionsfrage auf der Konferenz nicht angeschnitten werden sollen.

Verschärfter Kampf gegen das Privatkapital in der Sowjetunion

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind auf Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft in Nord- und Mittelrußland in diesen Tagen über 60 Privatbetriebe geschlossen worden. Seit dem Scheitern des Getreidefeldzuges hat sich der Kampf gegen das Privatkapital in Rußland erheblich verschärft.

Reparationen und Anleihen

New York. Auf der Jahresversammlung der Aktionäre der International Acceptance Bank berührte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Paul M. Warburg, in seiner Rede auch das Reparationsproblem. Unter Hinweis auf den letzten Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen, der die Festsetzung der Gesamtschulden Deutschlands anregt, erklärte Warburg, die Bedeutung dieser Aeußerung könne nicht überschätzt werden. Es sei zu hoffen, daß der Zeitpunkt nicht fern sei, wo ein neuer Sachverständigenplan ausgearbeitet und als endgültige Lösung angenommen werde. Es sei auf die Dauer verschwenderisch und verwerflich, die Unmöglichkeiten des Dawesplanes durch seine tatsächliche Ausführung zu beweisen. Zwar sei es Deutschlands Aufgabe, alles in seiner Macht Stehende zu tun, sich den Bestimmungen des Dawesplanes anzupassen, aber es sei doch die Frage, durch welches Wunder ein Exportüberschuß Deutschlands von 2½ Milliarden Reichsmark bei einem Gesamtexport von 10 Milliarden Reichsmark für eine lange Reihe von Jahren angesichts der vorhandenen Zollschranken erzielt werden solle.

Am Schluß seiner Rede erklärte Warburg noch, daß, obwohl die Auflegung deutscher Anleihen infolge der Gilbert-Note vom 20. Oktober plötzlich aufgehört habe, es als sicher anzunehmen sei, daß der amerikanische Markt bald wieder Anleihen für produktive Zwecke offenstehen werde.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

20)

Aus dem Gras schrecken Antilopen auf und schießen pfeilschnell davon; Wüstenlerchen schwirren auf. Ein Krähenschwarm umkrächzt eins der Kamele, dessen Körper die Last blutig verwundet hat. Hunderte von Vögel stürzen sich auf das Tier, das ergeben, mit starren Augen, seines Weges geht. Sie zwicken ihm aus dem lebendigen Körper Fleischstücke heraus, bis es zusammenbricht.

Am Urton von Tauerin steht der Telegraphenbeamte. Er ist ein kleiner schlitzäugiger Chinese; wenn man ihm näher ins Gesicht sieht, erkennt man unter seinem undurchdringlichen Lächeln eine harte und sichere Intelligenz. Er winkt den Ankömmlingen entgegen, die seit dem frühen Morgen nordwärts reiten. Etwas wie Freude tritt in seine Augen.

Der prominenteste der Ankömmlinge ist klein, schwarz und behend, ein Südfranzose mit flinken Augen und einem freundlichen und harmlosen Lächeln. Wie aus dem Boden gewachsen erscheinen zehn, zwölf, fünfzig Mongolen. Sie bemächtigen sich der Tiere und dienern die Reisenden in die Station.

Der Telegraphist macht einen tiefen Diener und sagt etwas, was er offenbar für Französisch hält. Aber niemand kann es verstehen. Der kleine schwarze Herr reicht ihm die Hand und sagt auf Kanton-Chinesisch:

„Nicht nötig. Du kannst Chinesisch mit mir reden. Ich war sechs Jahre in Tongking: als Arzt im Seemannskrankenhaus."

Der Telegraphist strahlt.

„Also: ich bin der Doktor Jerome Lenoir aus Marseille. Meine Pässe sind in Ordnung; willst du sie sehen? Nein? Auch die Papiere meiner drei Begleiter sind unterschrieben, gestempelt und visiert. Vor allem: hast du Nachrichten für mich?"

„Drei Telegramme, Herr. Dein ergebener Diener wird sie auf der Stelle holen."

Die Vier treten in den Schatten des Urtons, der Telegraphenstation. Sie besteht aus drei kleinen niedrigen Gebäuden aus gestampftem Lehm. Die Fenster, ziemlich breit, sind vergittert; die Gitter sind mit Papier verklebt. Eine hohe Mauer umgibt die Häuschen, durch einen Ausgang auf der Südseite unterbrochen. Die Gebäude sind seltsam angeordnet; sie sind winklig zueinander gestellt, wie die drei Wände einer Bühne.

Trippelnd erscheint der Telegraphist mit den Telegrammen. Dr. Lenoir reißt sie auf, und während er sie liest, verfinstern sich seine Züge. Er wirft einen schnellen Blick auf seine Begleiter, die sich neugierig umschauen; dann nötigt der Chinese die Vier in sein Privatzimmerchen.

Das einzige Fenster führt auf die besonnte Wüste hinaus, die sich wie ein unendliches Schneefeld ins Grenzenlose dehnt. Eine weißliche Kruste bedeckt den Boden: Seesalz — Spuren jenes großen Meeres, das in vorgeschichtlicher Zeit die mongolische Tiefebene erfüllte. Drüben, gegen Norden, erhebt sich ein steinerner Turm: ein Obo — ein Altar der Nomaden, auf dem die frommen Mongolen zum Dank für die gelungene Durchquerung der Wüste einen Stein legen; Jahrtausende haben diesen Turm zusammengetragen.

Durch die Matte schlüpft mit einer Verbeugung der Telegraphist. Er hat Gala angelegt: einen seidenen Rock, darunter seidene enge Hosen. Ihm folgt ein zweites Wesen; man zerbricht sich den Kopf, ob es ein Mann oder eine Frau ist. Schließlich einigt man sich auf eine Frau. Sie führt seltsame Geräte mit sich. Der Telegraphist gibt ihr Befehle; dann geht er auf jeden seiner Gäste zu, macht eine Verbeugung und nennt seinen Namen: „Ming-Bao — Ming-Bao — Ming-Bao."

Die Bedienerin hat inzwischen von einer Platte Ziegeltee ein kleines Abschabsel heruntergekratzt; jetzt zerstampft sie den Tee mit einem Hammer in einem seidenen Rock, dem man ansieht, daß er langjährige Dienste hinter sich hat. Dann geht sie an den eisernen Kessel in der Ecke und putzt ihn mit Kamelmist sorgfältig sauber. Sie klatscht in die Hände; ein zweites weibliches Wesen, das aussieht wie eine Eidechse, bringt Wasser und füllt den Kessel. Dann geht sie hinaus und kommt mit einem Stück brennenden Holzes zurück; damit setzt sie den Kamelmist in Brand, der als Heizmaterial dient. Der Herr des Hauses holt, anscheinend aus einer Art Speisekammer, ein Stück Hammelfett, das er in den Kessel wirft. Inzwischen hat auch die erste Bedienerin ihre Pflichten nicht vergessen; sie holt vier Holzschalen, die sie vor den Augen der Gäste mit der Zunge fein säuberlich reinigt. Die Bedienerin gießt Schafmilch in den Tee und füllt die Schalen, um sie mit einer tiefen Verbeugung den Gästen zu kredenzen.

Von draußen kommt ein Ruf, ein Schatten gleitet vorüber; Ming-Bao geht hinaus. Gleich darauf kehrt er zurück.

„Ein Bote ist gekommen. Er bringt eine wichtige Mitteilung für dich, Erhabener."

Der kleine Doktor geht an die Tür, die in Wahrheit eine Matte ist. Draußen steht ein mongolischer Kuli; bei seinem Anblick wirft er sich auf die Knie. Er überreicht Dr Lenoir einen Brief.

„Mein erhabener Herr Ma Li Yang erwartet dich."

Dr. Lenoir geht ins Amtszimmer; wie auf einen unausgesprochenen Ruf ist Ming-Bao zur Stelle

„Ich muß ein Telegramm schicken."

Ming-Bao, nun ganz geschäftseifrig, froh der Abwechslung, sucht nach Schreibmaterial; aber der Doktor zieht den Füllfederhalter und reißt ein Blatt aus seinem Notizbuch.

Ming-Bao dreht das Blatt herum, daß die Schrift Kopf steht, so, als ob er aus sublimierter Delikatesse den Inhalt dieser Depesche — die er in zwei Minuten Wort für Wort weitertelegraphieren wird, unter keinen Umständen kennenlernen möchte. Er zählt die Worte; Lenoir zahlt in Hamburger Silbergeld. Ming-Bao geht an den Apparat, betrachtet ihn ehrfurchtsvoll und gibt ein kurzes Anrufzeichen. Zwei Minuten vergehen, dann kommt das gleiche Zeichen zurück

„Mit welcher Station telegraphierst du?"

„Mit Kalgan, mein Gebieter. Kalgan gibt die Depesche weiter nach Peking. Peking wird sich beeilen, deine Botschaft nach Schanghai zu telegraphieren; Schanghai aber wird glücklich sein, diese Worte der tiefen Weisheit nach Hongkong, und wenn es mitten in der Nacht wäre, wird es sich nicht nehmen lassen, auf der Stelle Singapore mit deiner Offenbarung zu erfreuen; Singapore setzt sich, voll Jubel über die herrliche Mission, mit Aden in Verbindung. Aden, mein hoher Herr," damit trippelt Mig-Boa zur Wand, an der eine Weltkarte hängt, „Aden wird . . .", suchend gleitet sein Finger über die Karte, hier scheinen ihn seine geographischen Kenntnisse zu verlassen; „Aden ruft Malta an, ihm die Erleuchtung aus deinem Munde zu verkünden; Malta wird Gibraltar durch den Klang deiner Worte in Entzücken versetzen. Gibraltar gibt sie, voll Dankbarkeit gegen Buddha, nach London weiter; London aber wird sich die Ehre nicht nehmen lassen, das herrliche Produkt deines Geistes auf den Flügeln des Sturmes nach Paris zu entsenden."

„Das ist großartig," sagt Dr. Lenoir „Und nun gib mir einen Boten, der mich zu Ma Li Yang führt."

(Fortsetzung folgt.)

Der begutachtende Ausschuß an der Arbeit

Meinungsverschiedenheiten — Es liegen keine offiziellen Beschwerden vor — Albert Thomas in Beuthen — Denkschriften der deutschen ostoberschlesischen Gewerkschaften

Herr Albert Thomas hat gestern abends Kattowitz verlassen und sich nach Krakau begeben. Das, was er uns hinterlassen hat, ist nicht viel und die deutschen Kreise, insbesondere die deutschen Gewerkschaften sind genau so daran als vorher, jedoch wird man sich darüber nicht allzusehr den Kopf zerbrechen, denn so sehr hoch hat man schließlich seinen Besuch doch nicht bewertet und völlig gleichgültig mußte man werden, wenn man das von der Gemischten Kommission zusammengestellte Programm sich abspielen sah. Dieses Programm war einzigartig, alles ging wie Kraut und Rüben durcheinander. Kein Mensch wußte, was eigentlich los war. Und wenn dann wirklich getagt wurde, so befaßte man sich in endlosen Auseinandersetzungen wegen Belanglosigkeiten und Formalitäten, das heißt, man ging ernsthaften Dingen sorgfältig aus dem Wege, oder erklärte sich für unzuständig. Gewiß, der Aufenthalt Thomas war zu kurz bemessen gewesen, beim besten Willen ging es vielleicht nicht anders, auf der anderen Seite aber wurde dadurch der Eindruck, den wir schon festlegten, bestätigt.

* * *

Am Mittwoch trat zunächst der begutachtende Ausschuß im engeren Kreise zusammen, und zwar Thomas, Ministerialdirektor Sitzler und Minister Sokal. Meinungsverschiedenheiten mußten zunächst ausgeglichen werden, ob der Ausschuß in seiner Gesamtheit gehört werden sollte, und zwar vertrat Polen den Standpunkt, daß nur das Dreierkollegium gehört werden sollte, während deutscherseits gefordert wurde, den gesamten Ausschuß zu hören. Fast 6 Stunden stritt man sich darüber mit dem Ergebnis, daß gestern vormittag eine Vollversammlung stattfand. Sie begann mit langatmigen Auseinandersetzungen über die Zuständigkeit des Ausschusses. Deutschland wünscht eine möglichst weitgehende Zuständigkeit, während Polen den Standpunkt vertritt, daß der Ausschuß sich überlebt habe, da ihm die Idee zugrunde liege, Oberschlesien bilde eine Einheit. Das sei aber nicht der Fall und darum der Ausschuß ein Nonsens. Deutscherseits wurde dazu erklärt, **daß beide Gebiete noch heute sehr engberührende gemeinsame Interessen haben und daß der Ausschuß auch dafür sei, um die Minderheit zu schützen und hauptsächlich zum Schutze der deutschen Gewerkschaften bestehe.**

Bei der Auseinandersetzung, ob der Ausschuß sich nur auf die im deutsch-polnischen Abkommen vorgesehene spezielle Aufgabe, **Erstattung von Gutachen in bestimmten Fällen, die von der Gemischten Kommission überwiesen werden,** beschränken solle, betonte der deutsche Vertreter, **daß auch andere Fragen als nur Begutachtungen** von dem Ausschuß behandelt werden sollen.

Wie zu erwarten war, stellte sich hier Thomas auf den polnischen Standpunkt. Der Ausschuß solle einmal im Jahre tagen und falls keine Beschwerden vorliegen, auseinandergehen, nachdem das Vorhandensein keiner Beschwerden festgestellt worden ist. Dagegen wird Thomas persönlich Informationen einholen, also das, was er dem Ausschuß nicht zubilligt. Polnischerseits erklärte man sich damit einverstanden. Schließlich wurde festgestellt, daß dem Ausschuß keine offiziellen Beschwerden vorliegen. Die seinerzeit eingereichten Beschwerden der deutschen Gewerkschaften wären nicht den vorschriftsmäßigen Weg gegangen, können also nicht behandelt werden, worauf der Vorsitzende folgend Erklärung, deren Redigierung wiederum viel Kopfzerbrechen verursachte, abgab:

> Seit das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien in Kraft getreten ist, habe ich den Begutachtenden Ausschuß noch niemals einberufen, weil bisher keine Klage vorlag und ich der Ansicht war, daß der Artikel 586 und die Geschäftsordnung eine jährliche Sitzung nur zur Behandlung der von der Gemischten Kommission überwiesenen Angelegenheiten vorsehen. Die Gemischte Kommission hat uns niemals Angelegenheiten überwiesen, und infolgedessen war kein Anlaß zur Versammlung des Ausschusses gegeben . . . Ich bin nun aber zu der Ansicht gekommen, daß der Ausschuß sich einmal jährlich versammeln muß. Der Ausschuß bezeugt damit seine Existenz und betont, daß er vollkommen organisiert und arbeitsbereit der Gemischten Kommission zur Verfügung steht für den Fall, daß Klagen bei ihr anhängig gemacht werden.
>
> Weiter ist der Gedanke geäußert worden, daß der Ausschuß, wenn er sich so einmal versammelt, die Gesamtheit der Arbeitsfragen prüfen und sich ohne jede formelle Klage oder Beschwerde Rechenschaft geben könne über die Existenzbedingungen der Arbeitsorganisationen und über besondere Schwierigkeiten, die entstehen könnten. Es ist aber unmöglich, diese Gedanken anzunehmen. Angesehene Juristen sind der Auffassung, daß der Ausschuß keineswegs selbst Verfahren einleiten, sondern nur in Tätigkeit treten kann, wenn er von der Gemischten Kommission angegangen wird. Wenn wir Beratungen und Erörterungen der geschilderten Art zulassen, würden wir Gefahr laufen, das Ansehen des Begutachtenden Ausschusses zu kompromittieren. Auch der Ständige Internationale Schiedsgerichtshof, der ebenfalls berufen wird, um Gutachten abzugeben, befaßt sich nicht von sich aus mit einer Sache.
>
> Es ist selbstverständlich meine moralische Pflicht, mir ständig alle Kenntnisse zu verschaffen, die mir die Möglichkeit geben, Ihre Verhandlungen im gegebenen Falle zielsicher zu führen und Ihnen behilflich zu sein, wohlbegründete Gutachten abzugeben. Aber die Beschaffung solcher Informationen, die Anhörung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Verkehr mit ihren Vereinigungen — alles dies muß außerhalb des Begutachtenden Ausschusses erfolgen. Ich glaube, daß wir alle einig sind in der Feststellung, daß für diese Sitzung des Jahres 1928 keine von der Gemischten Kommission überwiesene Beschwerde vorliegt.
>
> Der Vorsitzende erklärte, daß die von ihm hier gegebene Auslegung die Regel sein soll, bis ein formeller Abänderungsvorschlag gemacht worden ist.

Gegen 3½ Uhr nahm die Sitzung, die eigentlich sehr belanglos war, ihr Ende, worauf Thomas eine Reihe von Delegationen empfing, aber auf alle Beschwerden und Wünsche antwortete, nicht kompetent zu sein.

Darauf fuhr Thomas in Begleitung der Mitglieder des Ausschusses zum Empfang beim Oberpräsidenten Proske nach Beuthen. Hier sah man unter den Gästen Präsident Calonder mit Generalsekretär Huber, Präsident Kaekenbeeck, von polnischer Seite Minister a. D. Sokal, Generalkonsul Dr. Szczepanski, Mitglied der Gemischten Kommission Grabianowski, Mitglied des Schiedsgerichts Präsident Kaluzniacki, die vier polnischen Mitglieder des Begutachtenden Ausschusses und zwei Vertreter der polnischen Gewerkschaften in Westoberschlesien; von deutscher Seite Oberpräsident Dr. Proske mit Vizepräsident von Krause und Regierungsrat Spannagel, Ministerialdirektor Dr. Sitzler, Oberregierungsrat Joachim vom Reichsarbeitsministerium, den Bevollmächtigten für Arbeitsfragen Professor Dr. Brahn, Reichs- und Staatsvertreter Freiherr von Grünau, Mitglied der Gemischten Kommission Dr. van Husen, Landrat Dr. Urbanek, Oberbürgermeister Knakrick, Ehrenoberbürgermeister Dr. Brüning, Mitglied des Schiedsgerichts Landgerichtspräsident Schneider, als Mitglieder des Begutachtenden Ausschusses Generaldirektor Stähler, Bergassessor Dr. Pyrkosch, Gewerberat a. D. Tittler, Direktor König, ferner die Gewerkschaftsvertreter Karger, Siara, v. Riewel, Lehnert, Korsahl, Behendt, Schadek und Jakob, sowie ostoberschlesische Gewerkschaftsvertreter.

Oberpräsident Proske begrüßte Thomas mit einer Ansprache, in der er den Besuch als Ausdruck auf die besondere Mission hinwies, die Regierung und Bevölkerung in Oberschlesien als Wegbereiter praktischer Völkerbundsarbeit im einzelnen zu erfüllen haben, wonach Thomas in einer kurzen Rede dankte. Nach dem darauf folgenden Essen überreichten ihm Vertreter der polnischen und deutschen Gewerkschaften Denkschriften, von denen wir zwei, und zwar die der deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände in Polnisch-Oberschlesien wörtlich bringen, zunächst die der Arbeitergewerkschaften, die Gewerkschaftssekretär Jankowski überreichte:

Denkschrift der deutschen Arbeitergewerkschaften

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Namen der deutschen Gewerkschaften spreche ich den Dank aus für Ihren Besuch in Oberschlesien, da uns so die Möglichkeit geboten ist, einen Bericht über unsere Lage geben zu können.

Die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien unterliegt nach dem Genfer Vertrag einem besonderen Schutz. Gestützt auf diesen Vertrag und im Bewußtsein unserer Verantwortung und unseres Rechtes haben wir als Arbeitnehmerorganisationen unsere Tätigkeit ausgeübt. Es lag uns fern, irgend einen politischen Einfluß auszuüben, vielmehr betrachteten wir und betrachten es auch heute als unsere Aufgabe, die sozialen und arbeitsrechtlichen Interessen der deutsch organisierten Arbeitnehmerschaft zu vertreten.

In dieser Tätigkeit wurden uns in den Jahren 1922/23 von den Behörden wenig Schwierigkeiten bereitet. Wohl versuchte man hier und dort unsere Versammlungsfreiheit zu beschneiden. Es wurde von uns aber weniger als Absicht der Behörden angesehen, vielmehr als Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen der unteren Organe. In einem neuen Staate mit einem jungen Beamtenapparat durchaus verständlich.

Im Jahre 1924 änderte sich die wirtschaftliche Lage. Seit dieser Zeit haben auch die staatlichen Behörden häufig eine andere Stellung den deutschen Gewerkschaften und der deutsch organisierten Arbeiterschaft gegenüber eingenommen. Die scharf einsetzende Wirtschaftskrise machte es zur Notwendigkeit, eine große Anzahl von Arbeitern zu entlassen. Bei diesen Entlassungen wurde von den unteren staatlichen Behörden wiederholt auf die einzelnen Unternehmungen ein Druck ausgeübt, deutsche Arbeiter zu entlassen. An folgenden Zahlen kommt es so recht zum Ausdruck.

Nach der Grenzziehung waren in Polnisch-Oberschlesien weit über 23 000 Arbeiter in der Großindustrie beschäftigt, welche ihren Wohnsitz in Deutsch-Oberschlesien hatten. Diese Zahl ist innerhalb eines Jahres herabgesunken auf rund 300. Im Laufe der folgenden Jahre sind die Entlassungen so weit durchgeführt, daß heute kaum 300 Arbeiter, welche ihren Wohnsitz in Deutsch-Oberschlesien haben, in Polnisch-Oberschlesien beschäftigt sind.

Demgegenüber sind in Deutsch-Oberschlesien nach der Grenzziehung rund 8700 Arbeiter beschäftigt gewesen, welche ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien hatten. Diese Zahl ist wohl auch zeitweise auf 4000 gesunken. Heute sind jedoch wiederum 9000 Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien beschäftigt, welche ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien haben. Im einzelnen möchte ich noch folgendes sagen:

In Polnisch-Oberschlesien bestehen sogenannte Schlichtungsausschüsse, welche aber Streitfragen, die sich aus dem Tarifvertrag und Arbeitsrecht ergeben, entscheiden. Auch die Entlassung von Arbeitern wird dem Schlichtungsausschuß übergeben, welcher nun darüber entscheidet, ob diese Entlassungen rechtmäßig erfolgt sind. Die Schlichtungsausschüsse setzen sich zusammen aus je drei Beisitzern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und dem neutralen staatlichen Vorsitzenden. Als deutsch organisierte Arbeiter haben wir naturgemäß ein Interesse daran, innerhalb dieser Schlichtungsinstanzen als Beisitzer tätig zu sein. Seit dem Jahre 1924 sind jedoch die Vertreter der deutschen Organisationen als Beisitzer nicht mehr bestätigt worden. Nur in vereinzelten Fällen werden Vertreter der deutschen Organisationen als Beisitzer zu den Schlichtungsausschüssen hinzugezogen. Wir betrachten dieses als eine Benachteiligung, weil derartig zusammengesetzte Schlichtungsausschüsse sehr leicht geneigt sind, bei Entlassungen deutsch organisierter Arbeiter einseitig zu entscheiden.

Als im Jahre 1925 das polnische Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft getreten ist, hatten auch die deutschen Organisationen in die sogenannten Bezirksverwaltungen ihre Vertreter benannt. Von den Wojewodschaftsbehörden sind dieselben jedoch nicht bestätigt worden. In diesen Bezirksverwaltungen sitzen nur lediglich Vertreter polnischer Organisationen. Zu den Obliegenheiten der Bezirksverwaltungen gehört auch die Entscheidung, ob einem Arbeitslosen Unterstützung zu gewähren ist oder nicht. Auch hier besteht die berechtigte Furcht, daß gegen deutsch organisierte Arbeiter ungünstig entschieden werden könnte.

Unserer Ansicht nach wird auch der Art. 164 des Genfer Vertrages den deutschen Gewerkschaften gegenüber nicht richtig ausgelegt. Zu mindestens erscheint es jedoch zweifelhaft, ob die Anordnungen der polnischen Behörden dem Geiste des Genfer Vertrages entsprechen. Durch diesen Artikel soll der persönliche, schriftliche, fernmündliche und fernschriftliche Verkehr, sowie der Austausch der Druckschriften der Vereinigungen zwischen den im Abstimmungsgebiete befindlichen Stellen und den Zentralen in Deutschland gewährleistet werden.

Der persönliche Verkehr mit den Zentralen ist jedoch durch die hohen Paßgebühren (Ausreisevisum 500 Zl. = 290,25 schw. Fr.) vollständig unterbunden. Es ist den Gewerkschaftsangestellten und sonstigen Funktionären gar nicht möglich, an einer Veranstaltung ihrer Zentralen teilzunehmen. Die Teilnahme an derartigen Konferenzen und Kongressen ist jedoch notwendig, weil die wesentlichsten Neuerungen gewerkschaftlicher Natur vom Westen kommen. Demgegenüber werden Vertretern polnischer Organisationen, welche ausländischen gewerkschaftlichen Veranstaltungen beiwohnen wollen, keine Schwierigkeiten bereitet. Bereitwilligst werden denselben verbilligte Pässe (20 Zl. = 11,61 schw. Fr.) zur Verfügung gestellt. Anträge auf verbilligte Pässe von deutschen Gewerkschaftsvertretern werden zum Teil erst nach der Veranstaltung entweder im bejahenden oder ablehnenden Sinne beantwortet.

Bei der Herüberschaffung von gewerkschaftlichem Werbematerial wie Druckschriften, Mitgliedsbücher, Kartothekkarten, Beitragsmarken, Kassabücher, werden von den Zollbehörden Schwierigkeiten bereitet, indem ein erheblicher Zoll für dieses Werbematerial verlangt wird,

In einer außerordentlichen Reihe von Fällen gehen von den unteren Verwaltungsorganen kleinere Schikanen aus. Die staatlichen Arbeitslosenämter in Krol.-Huta stellen Anlegezettel für die Arbeitsstellen nur denjenigen Arbeitern aus, welche beweisen können, daß sie einer polnischen Organisation angehören.

Der Leiter des Arbeitsnachweisamtes in Siemianowice stellte wiederholt an die Arbeitsuchenden die Frage, welche Schule ihre Kinder besuchen. Sobald ihnen die Antwort erteilt wurde: „Die deutsche Schule“, dann wird der Anlegezettel verweigert.

Die Behandlung von Anträgen der deutschen Gewerkschaften, soweit sie in deutscher Schrift an die Gewerbegerichte eingereicht sind, kommen sehr oft erst nach Monaten zur Erledigung.

Versammlungsplakate in deutscher Schrift werden von den Bergbehörden verboten bezw. heruntergerissen. Bei der Auszahlung von Armenunterstützungen macht der Gemeindevorsteher von Janow dieselbe abhängig von der Zugehörigkeit zu einer polnischen Organisation.

Einzelne Amtsvorsteher verlangen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Anmeldung des jeweiligen Vorstandes einer Ortsgruppe. Im Weigerungsfalle erfolgt eine Bestrafung wie z. B. in Radzionkow.

Die Polizei ladet die ihr bekannten örtlichen Vorstandsmitglieder der deutschen Gewerkschaften zur Vernehmung und verlangt die Angabe der Mitgliederzahlen.

Wir erblicken in allen diesen Maßnahmen eine ungerechte Behandlung der deutschen Gewerkschaften und der deutsch organisierten Arbeiterschaft. Wir wollen Ihnen, Herr Präsident, hier mündlich nur das allerwichtigste vortragen. Wenn Sie es wünschen, sind wir bereit, schriftlich eine große Anzahl weiterer Tatsachen zur weiteren Behandlung dem Begutachtenden Ausschuß zu unterbreiten.

Wir danken ihnen nochmals, Herr Präsident, daß Sie die weite Reise nach Oberschlesien gemacht haben und hoffen, daß es Ihrer hohen Persönlichkeit gelingen möge, dem Geiste des Genfer Vertrages Geltung zu verschaffen, so daß allen Gewerkschaften auf jeder Seite volle Gerechtigkeit zuteil wird.

Denkschrift der deutschen Angestelltenverbände

Diese Denkschrift überreichte der Geschäftsführer des Afabundes Dr. Wolff:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Ausschuß!

Auch ich möchte als Vertreter der deutschen Angestellten-Gewerkschaften zunächst meinen Dank aussprechen für die freundliche Bereitwilligkeit des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, den Begutachtenden Ausschuß für Oberschlesien einzuberufen. In Ergänzung der Ausführungen des Vertreters der deutschen Arbeiter-Gewerkschaften, Herrn Jankowski, habe ich im Namen der deutschen Angestellten das Folgende zu bemerken:

Als in der Mitte des Jahres 1922 die gewaltsame Zerreißung Oberschlesiens erfolgte, so traten nicht sofort die schrecklichen wirtschaftlichen Folgen ein, wie sie zunächst von allen Sachkennern befürchtet wurden. Die Ruhr-Invasion im Januar 1923 legte das größte deutsche Industriegebiet für fast ein Jahr vollständig still, so daß das Deutsche Reich versuchen mußte, Kohle und Eisen aus dem Auslande, so vor allem aus Polnisch-Oberschlesien, einzuführen. Für unser Land trat also kurz nach der Uebergabe eine längere Periode scheinbaren Wohlstandes ein, die noch durch die Exportförderung infolge der weichenden polnischen Währung gesteigert wurde. Diese Scheinblüte mußte aber im Laufe des Jahres 1924 ein jähes Ende nehmen, als in Deutschland wieder normale Zustände eingetreten waren und auch in Polen nach der Einführung des Zloty eine Stabilisierung der Währung erfolgte. Dazu kam noch, daß am 15. Juni 1925 die Verpflichtung des Deutschen Reiches aus dem Genfer Vertrag aufhörte, mehr als

300 000 Tonnen Kohle monatlich aus Polnisch-Oberschlesien abzunehmen. Die oberschlesische Schwerindustrie, der es bis dahin in einem nur sehr bescheidenen Umfange gelungen war, im Auslande neue Absatzgebiete zu gewinnen, sah sich zu riesigen Arbeiter- und Angestellten-Entlassungen veranlaßt. Die Zahl der Bergarbeiter, die im Durchschnitt des Jahres 1923 150 856 betrug, wurde im Jahre 1926 auf durchschnittlich 76 398 reduziert. Aehnlich war es auch bei der Hütteninduftrie nach Beseitigung des Achtstundentages, d. h. es trat eine Reduzierung von 42 710 im Jahre 1923 auf 21 699 im Jahre 1926 ein. (Sämtliche Zahlen stammen aus den amtlichen Statistiken des Berg- und Hüttenmännischen Vereins). Natürlich wurde auch die Zahl der Angestellten vermindert. Die Behörden übten auf die Industrie jeden Druck aus, damit zunächst die Ausländer (d. h. die im deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens wohnenden Arbeiter und Angestellten) entlassen werden. Späterhin wurden aber auch die der Minderheit angehörenden Arbeitnehmer, auch wenn sie poln. Staatsangehörige waren, vornehmlich von der Entlassung betroffen.

Die Gesamtzahl der Angestellten der Schwerindustrie betrug nach amtlichen Ziffern Ende 1923 14 537. Ende 1926 waren es nur noch 10 512. Ende September 1927 erhöhte sich diese Zahl etwas und zwar auf 10 735. Das ist eine Verminderung der Zahl der Angestellten auf etwa zwei Drittel des ursprünglichen Bestandes. Man könnte nun annehmen, daß im Vergleich mit den Zahlen der Arbeiter, die auf die Hälfte reduziert wurden, die deutschsprechenden Angestellten weniger vom Abbau betroffen worden wären. Das ist nicht der Fall. In Wirklichkeit wurden prozentual ebensoviel deutschsprechende Angestellte entlassen wie Arbeiter, d. h. ungefähr 7 000. Nun wurden 3000 neue Angestellte aus anderen Teilen Polens in die freiwerdenden Stellen auf Druck der Regierung eingesetzt, obwohl nicht immer bei den Privatunternehmungen das Bedürfnis dafür vorhanden war.

Bei den Entlassungen wurde auf das Rigoroseste verfahren. Angestellte, die bereits seit Jahrzehnten, bis zu 30 und 40 Jahren ununterbrochen bei derselben Verwaltung tätig gewesen waren und die zum Teil sogar durch Arbeitsunfälle in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert waren, wurden rücksichtslos auf die Straße geworfen. Die staatliche Hauptfürsorgestelle scheute sich nicht, der Entlassung von gekündigten Schwerkriegsbeschädigten, die nach den in Oberschlesien gültigen Schwerkriegsbeschädigtengesetzen notwendige Zustimmung zu geben. Auch der nach dem Betriebsrätegesetz vorgesehene Schutz der entlassenen Arbeitnehmer durch die Schlichtungsausschüsse versagte. Entgegen der Behauptung der polnischen Behörden, daß bei Entlassungen von deutschen Angestellten und Arbeitern immer auch Beisitzer deutscher Nationalität den Fall mitentscheiden, wurden wichtige Entlassungsfälle von den Schlichtungsausschüssen in Kattowitz, Königshütte und Rybnik ohne deutsche Beisitzer entschieden. Dadurch wurde erreicht, daß nicht nur eine Wiedereinstellung von jahrzehntelang im Dienste der Verwaltungen befindliche Angestellte verhindert wurde, sondern auch die bescheidenste Entschädigung, die nach dem Betriebsrätegesetz vorgesehen ist, wurde diesen Opfern versagt. (Da sind insbesondere die Massenentlassungen bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte zu nennen, und zwar erhielten 15 Angestellte, die von 4—26 Jahren im Dienste der Richterschächte waren, keine Entschädigung. Aehnlich war es bei Ficinusschacht derselben Verwaltung. Bei der Gräfin-Laura-Grube erklärte sich der Schlichtungsausschuß für unzuständig, weil der Demobilmachungskommissar zu einer angeblichen Stillegung seine Zustimmung gegeben hätte. Dadurch erhielten 40 entlassene Angestellte, die bis zu 38 Jahren in dieser Verwaltung waren, nicht die geringste Entschädigung. Bei Dubenskogrube wurde der ausschließlich der polnischen Nationalität angehörende Angestelltenrat derart eingeschüchtert, daß er entgegen jedem sozialen Gerechtigkeitsgefühl seine Zustimmung zur Entlassung von 19 Angestellten, die bis zu 31 Jahren auf der Grube tätig waren, gab. Auch diese erhielten bis auf einige Fälle, die nachträglich erledigt wurden, keinerlei Entschädigung, wie sie im Betriebsrätegesetz vorgesehen ist. Endlich sind auch die Massenentlassungen auf der Laurahütte und Königshütte zu erwähnen, bei denen am 1. Oktober 1924 gegen 100 Angestellte ohne jede Entschädigung entlassen wurden, die zum größten Teil ebenfalls jahrzehntelang im Dienste der Verwaltung standen.)

Vor allem ist aber zu bemerken, daß die Bergbehörden die ihnen durch das Berggesetz gegebenen Rechte dazu benutzten, um deutschen Angestellten die Qualifikationen nicht zu geben und aus wichtigen Gründen langjährig innegehabte Qualifikationen zu entziehen. Dadurch will man eine Entlassung der Bergbau-Angestellten erzwingen.

Nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch im Interesse der Industrie selbst ist es außerordentlich zu bedauern, daß durch die Ungunst der Verhältnisse und durch den Druck der Behörden die alten erfahrenen und mit den Eigenarten des Landes vertrauten Angestellten entlassen werden nur deshalb, weil sie sich zur Minderheit bekennen. Es ist nun einmal Tatsache, daß die bisherigen oberschlesischen Beamten und Angestellten durch die deutschen Schulen gegangen sind. Es ist daher nur zum Nachteil der gesamten Wirtschaft, wenn der Austausch-Prozeß der Beamten so plötzlich und unvermittelt geschieht. Es wäre vielleicht besser, wenn man das an und für sich vielleicht notwendige Eindringen der polnischen Beamten dem natürlichen Austausch-Prozeß überließe.

Weiterhin ist zu bemerken, daß bei den durch das polnische Arbeitslosengesetz vorgesehenen Bezirksarbeitslosenfonds (Fundusz bezrobocia) keine Vertreter der deutschen Minderheit zugelassen werden, angeblich, weil die deutschen Gewerkschaften in Oberschlesien keine Bedeutung haben. Das reine Gegenteil ist der Fall. Wie in Oberschlesien allgemein bekannt, sind der größere Teil der oberschlesischen Angestellten Mitglieder der deutschen Verbände.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß die deutschen Arbeitnehmer oft auf ihre Eingaben an die polnischen Behörden nicht einmal einer Antwort gewürdigt werden.

Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen meines verehrten Herrn Vorredners **Jankowski** an, der speziell für die Arbeiter gesprochen hat. Aehnliche Fälle können wir bei den Angestellten ebenfalls nachweisen.

Sie, Herr Präsident, sind der oberste Schiedsrichter in Arbeitsfragen in der ganzen Welt. Oberschlesien ist ein kleiner Winkel in der großen Welt, für die Sie zu sorgen haben. Wir wissen, daß Ihr Herz für die Gerechtigkeit unter den Völkern schlägt. Wir sind überzeugt, daß Sie auf jeder Seite, welche es auch sei, all Ihren Einfluß geltend machen werden, um nach genauer Kenntnisnahme der Sachlage volle Gerechtigkeit wiederherzustellen in dem Lande, in dem wir leben und leiden.

Katowice, den 18. Januar 1928.

Im Auftrage der deutschen Angestellten-Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien,
gez. Dr. Wolff, vom Afabund.

Schlesischer Sejm

Gegen die Fälschungen der Wählerlisten. — Die schuldigen Beamten sollen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Donnerstag-Sitzung des Schlesischen Sejm, die 171. in ihrer Reihe, sollte eigentlich den Wirtschaftsfonds endgültig regeln, doch hat es wieder Herr Janitzki vorgezogen, eine solche Art von Verbesserungen einzubringen, daß sich die Rechts- und Budgetkommission nochmals mit dem „ewigen" Projekt wird beschäftigen müssen, und es steht nicht fest, ob das Gesetz wirklich einmal in dritter Lesung seine Erledigung finden wird.

Der Antrag des Wojewodschaftsrats, betreffend die Aufnahme eines 100-Millionen-Kredits zu Investionszwecken für die Wojewodschaft wurde in erster Lesung der Budgetkommission überwiesen.

Das Gesetz betreffend die Amasation — Abrundung beziehungsweise Zusammenfassung — von Grundstücken, welches auch auf die Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt werden soll und über welches der Abgeordnete Palarczyk referierte wurde in zweiter Lesung angenommen; die dritte Lesung wurde durch Einspruch des Deutschen Klubs hinausgeschoben.

Der Dringlichkeitsantrag der Christlichen Demokratie auf Uebernahme der Zahlung der Wohnungsmieten durch die Gemeinden für Arbeitslose wurde der Sozial- und Budgetkommission überwiesen, nachdem der Abgeordnete Foikis sich gegen die Uebernahme der Lasten durch die Gemeinden ausgesprochen hat.

Die beiden Gesetzesprojekte, betreffend die Dienstordnung der Kreisärzte und Veterinäre, sowie über die Abänderung bestimmter Artikel des Versicherungsgesetzes wurden der Sozialkommission überwiesen.

Der Deutsche Klub brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, welcher vom Wojewoden fordert, daß er die Beamten, welche die nachlässige Zusammensetzung der Wahllisten verschuldet haben, zur Verantwortung ziehen solle und dafür sorge, daß das Wahlrecht den Betroffenen gesichert wird. Der Wojewode war leider nicht anwesend, als der Dringlichkeitsantrag durch Dr Pant begründet wurde. In der meritorischen Behandlung des Antrages verwies Abgeordneter Pant darauf, daß bisher mehr als 20 000 Wähler des Stimmrechtes enthoben sind, weil ungesetzliche Einsprüche erhoben wurden, außerdem falle es auf, daß es sich bei diesem Vorgehen ausschließlich um deutsche Wähler handelt. In Myslowitz wurden deutsche Flugzettel verbreitet, die zum Terror gegen die deutsche Minderheit auffordern und diese in einer nicht zu benennenden Art beschimpfen.

Abgeordneter Genosse Biniszkiewicz unterstützt den deutschen Protest und stellt fest, daß solche Machinationen nicht allein gegen Deutsche, sondern auch besonders gegen polnische Arbeiter gerichtet sind, von denen man weiß, daß sie Anhänger der PPS. sind. So sind allein in Bielschowitz 90 Mitglieder der PPS. nicht in den Wahllisten enthalten, und dafür müßten die Behörden verantwortlich gemacht werden. Rechtlosigkeit ist keines Staates würdig. Auch in Kattowitz sind einige Wähler nicht aufgenommen, aber dadurch, daß die Hausbesitzer ihre Pflichten bei der Listeneinreichung nicht ordentlich erfüllt haben. Wenn es sich um jemanden handelt, bei dem die Staatsbürgerschaft bezweifelt wird, so sind aber die Behörden verpflichtet, die Bescheinigungen kostenlos auszustellen. Ganz kraß liege aber ein Fall in Siemianowitz, wo man einem 81jährigen Bürger, der dort geboren wurde, nie seinen Wohnplatz änderte, einfach die Staatsbürgerschaft anzweifle; das ist doch ein Stück, welches nicht näher bezeichnet werden kann. Die Behörden haben die Verpflichtung, sich ans Gesetz zu halten.

Abgeordneter Kempka schließt sich dem deutschen Protest an, weiß aber nicht, ob zur Behandlung der Schlesische Sejm zuständig sei. Abgeordneter Biniszkiewicz ruft dazwischen, daß Kempka dies als Jurist unbedingt wissen müßte. Irgend ein Tausendkünstler wäre bereit, die Sache der Agrarkommission zu überweisen. Nur der Abgeordnete Foikis versucht die Haltung der Behörden zu verteidigen, was aus seiner Stellung als Bürgermeister in Michalkowitz verständlich ist.

Schließlich wird der Protest mit Stimmen der Sozialisten und deutschen Klubs angenommen, während von den anderen Abgeordneten nur Kempka und Szymkowiakowna dafür stimmen, die übrigen üben Stimmenthaltung; gegen den Protest stimmt nur der Abgeordnete Foikis.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und die nächste Sitzung will der Sejmmarschall besonders einberufen.

Polnisch-Schlesien

Die neue Teuerungswelle in Sicht

In dem Ministerkabinett wird **in aller Stille** eine Valorisierung der bestehenden Zölle vorbereitet. Die Arbeiten seien bereits soweit gediehen, daß die Valorisierung schon am 1. Februar d. Js. in Kraft treten soll. Sie soll nicht mehr und nicht weniger als 72 Prozent betragen, das heißt, die volle Entwertung des polnischen Zloty. Um die 72 Prozent Zollerhöhung werden selbstverständlich alle Bedarfsartikel und Lebensmittel, die wir nach Polen einführen, im Preise steigen. Polen hat schon jetzt neben China und Rußland die höchsten Zölle, die auch Verzweiflungszölle genannt werden. Als nämlich die Grabskiregierung sah, daß der polnische Zloty bedroht ist, da führte sie Zölle ein, wie sie keine andere Nation in Europa hatte. Man nannte daher diese Zölle Verzweiflungszölle der Grabskiregierung. Sie vermochten nicht mehr den Zlotysturz abzuwenden, trotzdem sie wieder und wieder erhöht wurden. Die Grabskiregierung hat uns alle hermetisch von der ganzen Welt abgeschlossen, bis sie selbst unter ihren Einrichtungen und Anordnungen begraben wurde. Seit dieser, insbesondere für die Arbeiterschaft unheilvollen Regierung, wurde viel von einer Valorisierung der Zölle gesprochen, aber man wagte es nicht, die Valorisierung durchzuführen, weil sie die ohnehin schon große Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft und den Staatsbeamten noch mehr steigern müßte. Haben doch die Experimente im wirtschaftlichen Leben, die die Grabskiregierung wieder und wieder unternahm, die Arbeiter gezahlt und noch weiter zahlen müssen. Die heutigen Arbeiterlöhne betragen in Geldwährung nicht mehr als 80 Prozent der Löhne vom ersten Halbjahr 1925, was lediglich der Zlotyentwertung zuzuschreiben ist. Die Agrarier, die Händler und die Produzenten haben ihre Gewinne nach der Zlotyentwertung hinaufgerückt, indem sie die Preise entsprechend erhöhten. Daß dem so war, beweist ein Bericht des statistischen Hauptamtes in Warschau vom Dezember 1927. In diesem Bericht heißt es ausdrücklich, daß alle Lebensmittel und Bedarfsartikel, die vor der Zlotyentwertung in Goldwährung 100 betragen haben, betragen heute 107, sind also um 7 Prozent gestiegen. Nur die einzigste Ware, über die der Arbeiter verfügt, nämlich die Arbeitskraft hat mit der Zlotyentwertung nicht gleichen Schritt gehalten, da sie nur 80 Prozent des Goldzloty ausmacht. Diesem Arbeiter, der infolge der Zlotyentwertung 20 Prozent seines Lohnes einbüßte und infolge der Anziehung der Preise weiterhin um mehr als 7 Prozent in Goldwährung geschädigt ist, noch weitere Opfer zuzumuten, wäre gewagt. Und die Zollerhöhung wird dem Arbeiter neue gewaltige Opfer aufhalsen, was doch klar auf der Hand liegt.

Neben den bestehenden hohen Zöllen, die um 72 Prozent valorisiert werden sollen, haben wir noch die Warenreglementation. Was diese Reglementation bedeutet, haben wir bei Schmalz gesehen. Eine kleine Lockerung in der Schmalzreglementation hat bewirkt, daß die Preise für ein Pfund Schmalz von 2,50 auf 1,60 Zloty zurückgegangen sind. Daran allein können wir ersehen, daß die Warenreglementation eine schreckliche Last für die armen Konsumenten bildet, die genauso wie die hohen Zölle und die hohen Steuern die Lebensmittelpreise ungemein verteuern. Die geplante Zollvalorisierung wird die Arbeiterschaft als ein Geschenk für die Sejmwahlen betrachten und auch danach handeln.

Kattowitz und Umgebung

Schmuggeln, — ein einträgliches Geschäft. Eine Anzahl Personen hatten sich wiederum vor der Zoll-Strafkammer des Landgerichts Kattowitz wegen Uebertretung der Zollvorschriften zu verantworten und wurden zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. — Angeklagt waren zunächst der Invalide Frank Bubik aus Kattowitz, in dessen Wohnung bei einer Hausdurchsuchung nach vorheriger Anzeige 66.1 Kilogramm Seidenwaren, und zwar seidene Strümpfe, Hemden, Spitzen u. a. m. vorgefunden worden sind, sowie der Schlosser August Heller aus Neudorf, welcher der Polizei angeblich als Schmuggler bereits bekannt ist, mit dem inzwischen verstorbenen Stiefsohn des Invaliden B. in die Schmuggelaffäre verwickelt gewesen sein soll, und als Hauptschuldiger

Börsenkurse vom 20. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 91 3/4 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	47.003 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	212 75 zł
	1 Dollar		=	8.91 3/4 zł
	100 zł		=	47.093 Rmk.

in Frage kam. Trotz Verneinung einer Schuld wurde Heller nach Zeugenaussagen für schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 5000 Zloty bezw. pro 50 Zloty je 1 Tag Gefängnis verurteilt. Freigesprochen werden mußte der Invalide Bubik welcher von dem Vorhandensein der Schmuggelware nichts wußte. — Eine Geldstrafe von 2743 Zloty erhielt die Witwe Viktoria Swojda aus Ruda, welcher 100 Stück deutsche Zigarren, sowie 150 Stück Zigaretten und 75 Stück Zigarillos abgenommen worden sind, die über die Grenze geschmuggelt wurden. — Mit einer Geldstrafe von 2000 Zloty wurde der Erwerbslose Johann Cichy aus Bielschowitz wegen Schmuggel von 9 Kilogramm Preßtabak mittels Gespann, belegt. In allen drei Fällen wurde die Konfiskation der beschlagnahmten Schmuggelwaren aufrechterhalten.

Gegen 50 000 Zloty Kaution freigelassen. In einer großen Seiden- und Manufakturen-Schmuggelaffäre, in welche eine Reihe Kattowitzer Geschäftsleute verwickelt sind, schwebt bei der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Untersuchungsverfahren. Man spricht von mehr als 20 Beteiligten, von denen sich 9 Personen seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befinden. Ein Teil der Mitschuldigen, soll über die Grenze entflohen sein. Inzwischen mußte der sich in Untersuchungshaft befindliche Teilhaber einer Kattowitzer Firma, der Kaufmann Heinrich Stern, welcher an einer schweren Lungenentzündung erkrankt ist, gegen Stellung einer Kaution von 50 000 Zloty aus der Haft vorläufig entlassen werden.

Pleß und Umgebung

Man fängt schon mit der Prügelei der Bergarbeiter an.

Auf dem Gelände von Mittel-Lazisk nicht weit von Nikolai entfernt, liegt die Verein. Alexandergrube. Sie heißt deswegen Vereinigte, weil diese Alexandergrube mit den Heinrichsglück- und Neuglücksaufgruben, die seit dem 1. September 1925 eine Betriebsgemeinschaft bilden, verschmolzen wurde. Von dieser Vereinigten Alexandergrube kommen sehr häufig Klagen seitens der Arbeiterschaft gegen ihre schlechte und rigorose Behandlung seitens der Grubenbeamten. Lohnauszahlung weit unter Tarif sind keine Seltenheit. Anschnauzen, Erhöhung des Solls usw., ist hier eine bekannte Tatsache. Wenn das nur die Beamten alleine wären, könnte man darüber nicht viel staunen, denn das sind bezahlte Menschen, die nach Kohlenjagd hinausgehen und sind die Antreiber zu immer höherer Leistung. Aber es ist hier auch ein Oberhäuer namens Piszczyk, der selbst zu dem Arbeiterstande zählt, selbst aber die Grubenbeamten überragt, denn er erlaubt sich sogar die Arbeiter mit der Keilhaue zu schlagen. (Auf den richtigen ist er noch angetroffen.) Er schlug den Arbeiter Walorski in der Grube mit der Keilhaue, wie er vielleicht zu Hause seine Kinder schlägt. Der Geschlagene ist ein ruhiger Arbeiter und will verdienen, weil er heiraten will. So weit sind die Bergleute gekommen. Ob der Generaldirektor Dr. Nasse oder der Fürst v. Pleß ein solches Vorgehen eines Oberhäuers gutheißen würden, müssen wir bezweifeln. Der Oberhäuer Piszczyk muß noch ein ganz zurückgestellter Mensch sein, wenn er sich noch mittelalterlicher Kultur bedient. Wenn wir nur wüßten, daß er auch lesen kann, dann würden wir ihm das Kniggesche Buch „Umgang mit Menschen" anschaffen. Wir nehmen aber an, daß Piszczyk noch ein ganz rückständiger Mensch ist und ein jedes an ihm unternommene Kulturwerk würde fruchtlos sein.

Es ist aber auch die höchste Zeit, daß mit den Mißständen auf dieser Zeche aufgeräumt würde. Die Bergarbeiter müssen zusehen, daß sie geschlossen eine Front gegen solche Menschenschinder bilden, denn nur dann kann dort „Porzondek" eingeführt werden. Daher hinein in den Deutschen Bergarbeiterverband!

Henry Deterding

Der Erdölritter des britischen Imperialismus.

1901. An die Spitze der holländischen Erdölunternehmung „Koninklijke Nederlandsche" tritt als Generaldirektor der Kolonialunternehmer Henry Deterding. Der Napoleon des Erdöls tritt sein Konsulat an! Schon ein Jahr später schließt die holländische Erdölunternehmung, die verhältnismäßig noch unbedeutend ist, ihren ersten Vertrag mit der englischen Shell-Komp. ab, die bis dahin nur eine Erdöltransportunternehmung war. Nach einem weiteren Jahre gründen beide Gesellschaften eine Unternehmung, die sich in Asien betätigen soll. Die nächsten Jahre bringen einen immer engeren Zusammenhang zwischen Koninklijke und Shell, bis 1907 eine gemeinsame Gesellschaft gegründet wird: der Shell-Koninklijke-Konzern (mit seinem englischen Namen: Royal Dutsch-Shell), der heute neben seinem großen Konkurrenten, der amerikanischen Standard Oil, die größte Erdölunternehmung der Welt ist. Die Shell-Gruppe ist das Werkzeug des britischen Imperialismus in allen großen Erdölkämpfen, die sich im letzten Vieteljahrhundert in der ganzen Welt abgespielt haben. Der Holländer Deterding und die zur Hälfte holländische Shell-Koninklijke sind die Stützen des britischen Reiches in seinem Machtkampf um das Erdöl.

* * *

1903. Das Oel feiert seinen Eintritt in die Weltgeschichte. Ueberall beginnen die Marinetechniker die Bedeutung des Erdöls für den Seekrieg, den Vorzug der Oelfeuerung auf den Schiffen zu erkennen. In diesem Jahre unterschreibt Deutschland die Bagdadbahn-Urkunde. Dieser Schritt bedeutet nicht nur einen strategischen Vorstoß Deutschlands nach dem Osten, sondern zugleich den Versuch, die vorderasiatischen Erdölgruben, vor allem die mesopotamischen Quellen in die Verfügungsgewalt Deutschlands zu bringen. Die Bagdadbahnpolitik Deutschlands war ein Signal für die übrige Welt. Der Chef der englischen Marine, Lord Fisher, entwirft in diesen Jahren den Plan, die britischen Schiffe auf Oelfeuerung umzustellen. Es ist Henry Deterdings Königsgedanke, seine holländische Unternehmung völlig in den Dienst des neuesten Zweiges der imperialistischen Politik zu stellen. Sein Konzern übernimmt die Belieferung der gesamten englischen Marine mit Oel; dafür wird der Einfluß des britischen Weltreiches überall aufgeboten, wo es die Konzerninteressen Deterdings erfordern. Die Grundlage für die imperialistische Erdölpolitik Großbritannien ist geschaffen und Henry Deterding ist ihr Prophet. Ueberall auf der Welt, wo um Oelinteressen gestritten wird, hat Deterding seine Hand im Spiele: Der Holländer, hinter dem das ganze britische Weltreich steht, wird einer der wichtigsten Männer der Weltpolitik. Lord Fisher nennt ihn: „Napoleonisch an Kühnheit und cromwellisch an Tiefe . . ."

* * *

1914. Großbritannien hatte sein Vertrauen keinem Unwürdigen geschenkt: soweit es im Kriege auf das Erdöl ankam, stellte Henry Deterding seinen Mann. Der Holländer bietet alles zur Verteidigung seines neuen Vaterlandes auf: er war während des Krieges nach England übergesiedelt und organisierte dort die Beschaffung des Erdöls und Benzins; er war der führende Mann im Interalliierten Petroleumrat, in dem auch die Konkurrenten der britischen Oelpolitik, die Amerikaner, saßen. Man unterschätze die Bedeutung des Oels im Weltkrieg nicht! Wiederholt haben militärische Fachleute der Ententeländer erklärt, der Sieg der Alliierten über Deutschland sei der Sieg des Lastautos über die Lokomotive gewesen! Dadurch, daß die Alliierten im Gegensatz zu Deutschland geradezu verschwenderisch über Oel verfügten, war es ihnen möglich, große Truppenverschiebungen anstatt mit der Eisenbahn auf Autos vorzunehmen. Als die Alliierten den Krieg gewonnen hatten, veranstaltete die englische Regierung ein Siegesmahl für den Interalliierten Petroleumrat und Lord Curzon sprach damals die geschichtlichen Worte: „Die Zukunft wird lehren, daß die Verbündeten den Sieg auf einer Woge von Oel errungen haben." Und Großbritannien weiß auch zu belohnen: Der Holländer Deterding, der diese Woge Oel bereiten half, wird „Knight of the British Empire", der Retter des britischen Imperialismus wird „Ritter" des britischen Imperiums, wird englischer Baron...

* * *

Nun beginnt Deterdings große Zeit: er ist der Vertrauensmann der britischen Regierung bei allen großen Auseinandersetzungen über die Erdölgruben der Welt. Bei allen Konferenzen, auf denen die Staatsmänner Europas über das Schicksal Deutschlands verhandeln, stehen im Hintergrund die Oelmänner, die den Gang der Verhandlungen entscheidend beeinflussen. 1920 in San Remo, 1922 in Genua, 1923 in Lausanne, 1924 in London und 1925 in Genf: die Aufteilung der Oelquellen der Welt unter den Alliierten; der angesichts der Erfahrungen im Kriege erweckte Oelimperialismus Frankreichs; die Frage der Herrschaft über die mesopotamischen Gruben hat fast alle diese Konferenzen beschäftigt. Und Henry Deterding bestimmte die britische Oelpolitik und führte sie in der sogenannten Mossulfrage zum Siege. Der Kampf um die Bagdadbahn, der ein Kampf um die Oelfelder Mesopotamiens gewesen war, der das Signal für das Erwachen des Oelimperialismus in der ganzen Welt gegeben hatte, wurde, nachdem Deutschland aus den Oelfragen längst ausgeschaltet war, durch die Irak-Konzession vom Frühjahr 1925 und den Beschluß der Septembertagung des Völkerbundes im Jahre 1925 im wesentlichen mit einem Erfolg Großbritanniens, mit einem Erfolg Deterdings beendet.

* * *

Aber die Mossulfrage war nicht die einzige weltpolitische Frage, in der Herr Deterding mitzubestimmen hatte. In Mexiko hatte jahrelang der Kampf zwischen den nordamerikanischen und den englischen Interessen getobt. Das wechselnde Schicksal der Revolution und Konterrevolution in Mexiko, die von Nordamerika aus angefachten Widerstände gegen die mexikanische Regierung stehen im engsten Zusammenhang mit dem Kampf um die Beherrschung der mexikanischen Erdölquellen, die zu den bedeutendsten der Welt gehören. Auch in diesen wechselvollen Kämpfen spielen Deterding und der Einfluß Englands eine nicht unbedeutende Rolle: als die Nordamerikaner im Sommer 1923 eine Betriebseinstellung in den Gruben der zum Shell-Konzern gehörigen Mexikan Eagle durchsetzen und damit sowohl die Mexikaner als auch die Engländer einen Schlag führen wollten, reiste Deterding persönlich nach Mexiko und verhinderte die Einstellung. Wenige Wochen später erhob sich die öffentliche Meinung Mexikos gegen den mit den nordamerikanischen Kapitalisten geplanten Vortrag und einige Monate später — im Dezember — ging über Mexiko wieder eine revolutionäre Welle hinweg. Wenn sich dann auch Calles, der 1924 Präsident wurde, gegen das amerikanische und englische Oelkapital wendete, so hat doch Deterding auch auf die Ereignisse zu Mexiko nachhaltigen Einfluß zugunsten der englischen Interessen geübt.

* * *

Am gefährlichsten drohte Herr Deterding Sowjetrußland zu werden. Als 1921 die „Nep", die neue ökonomische Politik in Rußland, einsetzte, da glaubten die Oelkapitalisten der verschiedenen Konzerne ihre Hand auf die reichen russischen Gruben legen zu können. Die Konferenz in Genua im Jahre 1922 war von dem Streit um die russischen Oelkonzessionen erfüllt: während die Staatsmänner auf der Konferenz große Reden über den Frieden losließen, wurde im Hintergrund über das russische Naphtha gefeilscht. Auch hier war Herr Deterding einer der maßgebendsten Drahtzieher.

Engländer und Amerikaner bemühten sich vor allem um die ausgiebigen südrussischen Gruben. Die Russen hielten Engländer und Amerikaner hin: Die Konferenz von Genua zeitigte kein Ergebnis, weder in ihren pathetischen Vollsitzungen noch in den nüchternen Oelverhandlungen. Damit der Naphthageruch des Oelskandals, in den die Konferenz auszuarten drohte, nicht zu stark ruchbar werde und die ganz gute Konferenz verpeste, wurde eine internationale Petroleumkonferenz eingesetzt und Deterding zu ihrem Vorsitzenden ernannt. Die Engländer schienen einen Vorsprung vor den Amerikanern gewonnen zu haben.

Aber die Amerikaner sind geriebene Geschäftsleute. Sie verstanden es, Rußland bei seinen ostasiatischen Interessen zu packen, und schlossen schon im Herbst 1922 einen Vertrag mit der Sowjetregierung über Installations- und Bohrarbeiten in einem Teil des Oelgebietes von Baku. Deterding läßt trotzdem nicht locker. In dem Maß als es den Russen gelang, ihre Erdölproduktion zu steigern, steigerte Deterding auch seine Bemühungen. Aber die Russen lehnten immer wieder ab, so daß Deterding den Plan faßte, die Russen vom internationalen Erdölmarkt abzuschnüren, und sich zu diesem Zweck mit der Standard Oil verbündete. Bis Anfang 1926 zogen sich die verschiedenartigsten Bemühungen Deterdings um die südrussischen Gruben hin, bis er endlich verärgert über die russische Hartnäckigkeit die antibolschewikische Oelblockade proklamierte: niemand auf der ganzen Welt dürfe von Rußland Erdöl kaufen!

Und die antibolschewikische Oelblockade ergänzte Herr Deterding — wirtschaftliche und politische Kampfmittel immer gleichzeitig anwendend — durch den Versuch, Rußland auch politisch zu isolieren: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Englands zu Rußland ist ein Mittel im Machtkampf um die russischen Oelquellen! Herr Chamberlain führt aus, was Henry Deterding für notwendig hält...

Freilich, die letzten Monate zeigen, daß sich Deterding in seiner russischen Politik geirrt haben dürfte. Sowie die Sowjetunion die Blockade der Wrangel und Denikin durchbrach, so hat sie den Oelboykott, den Deterding über sie verhängt hat, durchbrochen. Die amerikanische Standard Oil kauft russisches Naphtha; erst vor wenigen Wochen haben Standardgesellschaften einen neuen Vertrag für sechs Jahre über große russische Oellieferungen abgeschlossen: sehr zum Aerger Deterdings. Und die kommenden Wahlen in England drohen ihm auch die politische Waffe zu entwinden, der Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland ein Ende zu machen.

* * *

Der wichtigste Mann bei der Wendung des britischen Imperialismus zum Machtkampf um die Oelgebiete der Erde, der Drahtzieher bei allen internationalen Konflikten, die aus dem zähen Fluß des mächtigen Oelstromes hervortreten, der schillernd und stinkend die Geschichte der letzten Jahrzehnte durchfließt, der Mann. dem das Geschik von Völkern und Ländern nichts ist als ein Kalkulationsfaktor für neue Oelausbeute: das ist Henry Deterding. Aber dieser Mann ist noch mehr: Er ist nicht nur der Konzerngewaltige, in dessen Hand mehr wirkliche Macht vereinigt ist als in der aller Kaiser und Könige der Erde, die es noch gibt; sein Werdegang ist das Symbol des neuen Imperialismus, der die ganze Welt durchrast, um neue Erdölquellen zu suchen und zu beherrschen. Er ist der Ritter jenes Imperialismus, der, wirtschaftliche und politische Macht in seiner Hand vereinigend, immer neues Oel ins Feuer der Kriegsgefahren gießt.

Die indische Freiheitsbewegung

Ihre nationale Idee und ihre sozialen Hemmungen.

Von Elias Hurwicz.

Unter den Ländern des Orients, von deren „Erwachen" jetzt so viel gesprochen wird, nimmt Indien — über dessen Freiheitsbewegung man sich in Deutschland zumeist eine irrige Vorstellung macht — eine ganz besondere Stellung ein. Zunächst ist schon der Begriff „Indien" selbst — nicht als Land, wohl aber als nationales Einheitsbewußtsein der dieses Land bewohnenden Völker, verhältnismäßig neuen Datums. Denn tatsächlich ist Indien ein riesiges Völkergemisch, eine ganze Welt verschiedener Rassen, Religionen und Kulturen. Es klingt paradox, ist aber so: das Einheitsbewußtsein im Lande hat erst die englische Herrschaft geweckt. Sie hat ja aus diesem Lande eine Verwaltungseinheit gemacht; sie mußte jenes Einheitsbewußtsein durch den auffallenden Gegensatz wecken, da den 320 Millionen Einwohnern Indien kaum 2000 regierende englische Beamte gegenüberstehen, das gesamte britische Heer Indiens nur 70 000 Mann stark ist und die gesamte britische Zivilbevölkerung rund 100 000 Menschen zählt; sie — die englische Herrschaft — gab aber auch vor allem den indischen Intellektuellen den Anstoß, die westliche, insbesondere die britische Zivilisation und Kultur kennen zu lernen. Dieser Kultur entnahm die indische Intelligenz auch die Idee einer indischen Nation. Erst die Verbreitung der englischen Sprache hat ferner den Indern verschiedener Rassen und Kasten ermöglicht, sich miteinander in einer Sprache zu verständigen. Englische Universitäten wurden zu geistigen Pflanzstätten einer allindischen Intelligenz. Kurz, die westliche Kultur hat den gebildeten Indern auch die Waffen zur Bekämpfung der Vorherrschaft dieser Kultur geliefert.

In der Unterrichtsfrage, die also, wie wir sehen, für die indische Nationalbewegung von großer Wichtigkeit ist, ging die englische Obrigkeit indessen, wie wir dem Buche „Indie" eines der besten heutigen Kenner des Landes, Sir Valentin Chirol, entnehmen, wenig methodisch vor. Zuerst wurden Hochschulen gegründet, dann, als Vorbereitungsanstalten für diese, Mittelschulen, während die Frage der Elementarschule infolge der ungeheuren Fülle der Landessprachen und Ortsdialekte, wie Chirol mitteilt, bis auf den heutigen Tag noch ungelöst bleibt. Dieser Umstand, daß der gebildete Inder seine Kinder- und Jugendjahre in einer indischen Schule verbringt und erst auf der höheren Schulstufe in Berührung mit der westlichen Kultur kommt, scheint mir in hohem Maße die Tatsache zu erklären, daß auch der gebildetste Inder vor allem ein Inder bleibt, während bekanntlich die niedere und mittlere Schule ein mächtiges Instrument nationaler Assimilation darstellt. Im übrigen macht die britische Obrigkeit einen scharfen Unterschied zwischen Absolventen britischer und solchen indischer Hochschulen (die sie ja selbst eingerichtet hat!) und läßt nur die ersteren zu Beamtenstellen zu. Junge Inder, die oft unter großen Opfern ihrer Angehörigen das Hochschuldiplom erlangt haben, sehen sich also in ihren Hoffnungen schwer getäuscht. Auch die indische Armee bleibt ihnen verschlossen. Die Inder dürfen nur als Gemeine dienen. Mitunter wird, zum Schein, ein Inder zum „Offizier" oder sogar zum „Major" ernannt, aber in Wahrheit entspricht diese Stellung der eines Feldwebels oder Unteroffiziers.

Die soziale Ungleichheit im Vergleich mit dem Herrschervolk trägt wesentlich zu der Revolutionierung der indischen Jugend bei. Dazu kommt als wirtschaftlicher Faktor die ungheure Not der indischen Massen hinzu. Die Bevölkerung Indiens hat sich im Laufe der letzten fünfzig Jahre von zweihundert auf dreihundert Millionen Menschen vermehrt. Wie groß die Not insbesondere auf dem Lande ist, zeigt z. B. eine Zählung, die unter 48 Millionen nur 126 000 Landleute mit einem Jahreseinkommen von 400 Mark ergab. So mußte in Indien eine starke Auswanderung entstehen, die zwar von der britischen Schiffahrt gefördert wurde, aber in den anderen Teilen des britischen Weltreichs auf Widerstand stößt. Das ist vor allem in Südafrika der Fall, wo auch der berühmte indische Nationalführer Gandhi als Einwanderer lebte. Während des anglo-burischen Krieges stellte sich Gandhi auf die Seite der Engländer; als aber die Buren unter die britische Flagge kamen und Autonomie erhielten, verschlossen sie das Land indischen Einwanderern und unterwarfen die bereits eingewanderten Inder verschiedenen Beschränkungen, zum Teil ehrenkränkender Art.

In diesen beiden Schichten — dem gebildeten und dem weltgereisten Indertum, konzentriert sich in der Hauptsache die revolutionäre Energie der indischen Freiheitsbewegung, genährt von den oben geschilderten sozialen und nationalen Faktoren.

Allein Faktoren beider Art hemmen auch das Erwachen Indiens zum neuen Leben. In erster Linie die Kastengliederung. diese übliche Redewendung, die indische Gesellschaft bestehe aus Kasten, trifft nicht den Kern der Dinge. Die indische Kaste ist kein Bestandteil einer größeren Einheit, sondern selbst eine vollkommen geschlossene Einheit. Die vier Kasten, von denen zumeist gesprochen wird: Brahminen (Priester), Krieger, Händler und Bauern, sind in Wahrheit nur Gruppenbezeichnungen für eine unübersehbare Fülle von Unterkasten. Die ungeheure Mehrzahl bilden aber die sogenannten „niederen Kasten". Sie gelten als unrein. Jede Berührung mit ihnen ist verpönt und bedingt besondere Reinigungsregeln. Heiraten unter verschiedenen Kasten sind verboten usw. Gewiß, das moderne Leben, z. B. gemeinsames Sitzen in der Eisenbahn, haben die „Reinigungsregeln" etwas vereinfacht — die Kastenschranken bleiben aber sonst nach wie vor in Geltung. Hier liegt, wie Chirol wohl mit Recht sagt, eine Verfehlung des indischen Nationalismus, der nur gegen die Fremdherrschaft kämpft, vor der Niederreißung der eigenen sozialen Schranken, ja schon vor der Aufwerfung dieser wichtigsten sozialen Frage Indiens zurückscheut. Gandhi war der einzige indische Nationalführer, der den Mut fand, das Kastenproblem anzuschneiden. Auch er anerkannte freilich die Notwendigkeit, die Kastengliederung — als einer der Grundlagen der indischen Kultur — beizubehalten, trat aber für die Abschaffung der „Unantastbarkeit" der Niederen ein. Aber selbst dieses Eintreten auf dem Gipfel seines Ruhmes setzte Gandhi der Gefahr aus, von den Brahminen exkommuniziert zu werden. Gandhis Nachfolger ziehen daher vor, das Kastenproblem stillschweigend zu umgehen.

Diese Kastenherrschaft beeinflußt aber den Kampf gegen die Fremdherrschaft selbst. Die herrschenden Engländer erscheinen, im indischen Lichte gesehen, nur als die oberste Kaste. Ihre Existenz empört zwar die indische Intelligenz, weniger aber die niederen Volksmassen, die zwischen sich und den „Sahibs" (also der obersten Schicht) eine Fülle von Zwischenwänden sehen. In der gleichen Richtung wirkt auch die wirtschaftliche Not der bäuerlichen Massen. „Die Landbevölkerung interessiert sich vor allem nicht für allgemein politische Fragen, sondern für Regenfälle, Getreide- und Manufakturpreise, Steuern, Religionsfeste, Verheiratung der Mädchen und Gesundheit des Viehs", heißt es in einem der letzten amtlichen Berichte („Report on Indian Constitutional Reforms"). Der Report erkennt, ebenso wie der Erforscher der Indischen Wirtschaft- Professor Ganguli, als die dringenste Notwendigkeit an, die drückende Armut der indischen Volksmassen zu beheben. In ihrer wirtschaftlichen Gesundung wie in der Aufhebung oder zumindest doch Milderung der Kastenbeschränkungen liegen die ersten Voraussetzungen auch für den Sieg der indischen Freiheitsbewegung.

Trotzkis Verbannung vor 20 Jahren

Was Stalinisten nicht mehr lesen dürfen.

Vor zwanzig Jahren hat Trotzki eine Broschüre erscheinen lassen, die den Titel trug: „Dahin und zurück". Er beschrieb darin seine Verbannung nach Sibirien im Jahre 1907 und seine Rückkehr aus der Verbannung. Im Jahre 1919 wurde diese Broschüre auf Veranlassung der Arbeiter- und Bauernräte neu herausgegeben. Trotzki sollte auch eine neue Einleitung zu ihr schreiben. Leider, heißt es in der Broschüre, nehmen die revolutionären Ereignisse die Kraft Trotzkis derart in Anspuch, daß es ihm unmöglich war, eine neue Einleitung zu schreiben.

Diese Broschüre gehörte bis vor kurzem zu den gelesensten in den Arbeiterbibliotheken der Sowjetunion. Seitdem aber Trotzki in Ungnade gefallen ist, ist auch seine Broschüre den Gewaltigen ein Dorn im Auge geworden. Der Sowjetgesandte Krestinski hat ihre Entfernung aus der Bibliothek des Klubs „Der Rote Stern" angeordnet.

Interessant ist übrigens, daß seine Verbannung im Jahre 1907 ebenfalls im Januar erfolgt ist. Trotzki erzählt z. B., daß der Offizier, der ihn entgegennahm, äußerst liebenswürdig gewesen sei. „Die tolpatschigen Soldaten", sagte er, bezeugen den Kindern gegenüber die größte Zärtlichkeit" — damals durften nämlich Frauen und Kinder die Verbannten begleiten, während Frau Trotzki jetzt in eine ganz andere Himmelsrichtung geschickt wird als ihr Gatte. Unterwegs durfte Trotzki mit seinen Petersburger Freunden sowohl per Post als auch telegraphisch in Verbindung treten. In Sibirien selbst wurden die Verbannten von den politischen Gefangenen mit roten Fahnen erwartet; sie durften hier Genossenschaftswerkstätten, Fischerei- und Konsumgenossenschaften ins Leben rufen.

Man wird hören, in welchem Maße sich die Bedingungen, unter denen die Revolutionäre der Zarenzeit in die Verbannung gingen, sich von denen unterscheiden, unter den die heutigen oppositionellen Kommunisten ihren dornigen Weg antreten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr oap., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 21. Januar. 15.45—16.15: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde mit Büchern. — 16.15—16.30: Die Filme der Woche. — 16.30—18.00: Unterhaltungskonzert. — 18.00: Stunde mit Büchern. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.00—19.30: Hans-Bredow-Schule, Abt. Staatskunde. — 19.30—20.00: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 20.10: Violinkonzert Licco Amar. — 21.10: Schlager-Abend. — In der Pause: Die Abendberichte.

Kattowitz — Welle 422

Sonnabend. 16.20: Berichte. 16.40: Polnischer Sprachunterricht. 17.05: Berichte. 17.20: Uebertragung aus Krakau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22.00: Tägl. Berichte. 22.30: Konzertübertragung.

Posen — Welle 280,4.

Sonnabend. 12.45: Schallplattenkonzert. 17.20: Vortrag. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19.10: Französischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Wunschabend. 22.00: Tägliche Berichte. 22.30: Jazzmusik.

Krakau — Welle 422.

Sonnabend. 17.20: Elternstunde. 17.45: Stunde für die Jugend. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22.30: Konzertübertragung. 23.30: Berichte.

Warschau — Welle 1111.

Sonnabend. 11.40 und 12.00: wie vor. 12.20: Schallplattenkonzert. 14.40: Berichte. 16.00: Vorträge. 17.45: Kinderstunde. 18.15: Konzert, übertragen aus Krakau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Leichte Musik. 22.00 Tägliche Berichte. 22.30: Tanzmusik.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, den 24. Januar, findet im Saale des Zentral-Hotels, abends 7½ Uhr, ein Vortrag von Professor Rath über „Vegetation und Mensch" statt. Etwas zahlreicheres Erscheinen als das letzte mal ist sehr erwünscht.

Gieschewald-Nickischschacht. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 2½ Uhr, findet im Gasthaus des Herrn Schnapka in Gieschewald ein Vortrag vom Herrn Dr. Bloch über „Klassenkämpfe des Proletariats im Alterum" statt. Frauen der Mitglieder sind dazu eingeladen.

Nikolai. Am Sonntag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, findet ein Lichtbildervortrag im Lokal Ciossek statt. Referent: Genosse Birghan. Zu diesem Vortrag wäre ein restloses Erscheinen erwünscht. Auch werden alle Genossen gebeten, Jugendliche mitzubringen, da nach dem Vortrag eine Jugendgruppe gegründet wird. Es haben sich auch Kattowitzer Gäste angemeldet, so daß die Jugend auf einen schönen Abend rechnen kann.

Versammlungskalender

Arbeiter-Sängerbund in Polen.

Am Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Katowice, eine Bundes- und Gauvorstandssitzung statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht, da wichtige Besprechungen vorliegen.

Bezirkskonferenzen

zwecks technischer Durchführung der Wahlen!

Für folgende Bezirke sind Konferenzen am

Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, vorgesehen

Königshütte,
umfassend die Ortschaften: Königshütte, Chorzow, Schwientochlowitz, Brzezine, Brzozowice, Chropaczow, Wielka-Dombrowka, Godula, Wielkie Hajduki, Nowe Hajduki, Kamien, Lipiny, Lagiewniki, Orzegow, Piekary Wielkie, Szarlej.

Lokal: Königshütte, **Markthalle — Kulpa.**

Referenten: Gen. Slawik und Peschka.

Myslowitz,
umfassend die Ortschaften: Myslowitz, Brzezinka, Brzenckowice, Mala-Dombrowka, Janow, Giszowiec, Nikisz, Szopinice, Kosztowy, Krasowy, Wesola, Wesola-Jucha.

Lokal: bei **Galbas-Ring.**

Referenten: Gen. Piotrowski und Dorrn.

Pleß,
umfassend die Ortschaften: Pleß, Brzesce, Boiszowy, Cwiklice, Czarkow, Frydek, Gilowice, Goczalkowice Dolne, Goczalkowice Gorne, Gora, Zawa, Jankowice, Kobielice, Kobior, Kryny, Lonka, Miedznia, Miendzyrzecze, Mizerow, Piasek, Poremba, Radostowice, Rudoltowice, Stara-Wies, Studzienice, Studzionka, Suszecz, Swierczyniec, Wisla-Mala, Wisla-Wielka, Wola, Zawadka.

Lokal: bei **Bialas.**

Referenten: Gen. Abg. Reger und Abg. Kowoll.

Sohrau,
umfassend die Ortschaften: Sohrau, Baranowice, Folwarki, Kleszczow, Klokocin, Osiny, Palowice, Podbucze, Rogoznia, Roj, Rowien, Skrzyczkowice, Szczejkowice, Boryna, Bzie-Dolne, Bzie-Gorne, Bzie-Zameckie, Golasowice, Jarzombkowice, Krzyzowice, Pawlowice, Pielgrzymowice, Pniowek, Rudziniczka, Szeroka, Warszowice, Zgon.

Lokal: **Saal Neue-Welt.**

Referenten: Gen. Kawaletz und Kandziora.

Loslau,
umfassend die Ortschaften: Loslau, Belsznica, Bluszczow, Bukow, Cisowka, Czyzowice, Godow, Golowa, Golkowice, Gorzyce, Gorzyczki, Jastrzembie-Dolne, Jastrzembie-Gorne, Jastrzembie-Zdroj, Jedlownik, Kamien nad Odrą, Kokoszyce, Krotoszowice, Kucharzowka, Ligota-Tworkowska, Lubomia, Laziska, pow. Rybnicki, Marklowice-Gorne, Marklowice-Dolne, Maruszcze, Moszczenice, Mszana, Odra, Olsza, Polomje, Pszow, Pszowskie Doly, Radlin, Rogi, Ruptawa, Ruptawiec, Skrzyszow, Swierklany-Gorne, Swierklany-Dolne, Syrenia, Turze W., Turzyczka, Uchylsko, Wilchwa, Zawada-Bugla, Zofijowka.

Lokal: bei **Gominski.**

Referenten: Gen. Motyka und Matzke.

Rzendowka,
umfassend die Ortschaften: Belk, Czerwionka, Czuchow, Dembinski-Stare, Dembinski-Wielkie, Gieraltowice, Goleow, Kamien, Knurow, Krywald, Ksionzenice, Leszczyny, Ochojec, Przegendza, Stanowice, Szczyglowice, Wilcza-Dolna, Wilcza-Gorna.

Lokal: bei **Dyga, nachmittags 4 Uhr.**

Referenten: Gen. Abg. Motyka und Gorny.

Imielin,
umfassend die Ortschaften: Alt-Berun, Neu-Berun, Biasowice, Boiszowice, Chelm, Czarnuchowice, Dzieckowice, Golawiec, Gorki, Holdunow, Imielin, Jedlina, Kopciowice, Lendziny, Sciernie, Smardzowice.

Lokal: bei **Schefczik, nachmittags 4 Uhr.**

Referent: Gen. Abg. Dittmer.

Zu diesen Konferenzen haben die Vorstände der D. S. A. P. und der P. P. S. sowie geladene Funktionäre der Gewerkschaften der benannten Orte Zutritt. Einladung beziehungsweise Mandat legitimiert.

Generalversammlung des D. M. V.

Am Sonntag, den 19. Februar, findet im Volkshause Königshütte, ul. 3-go Maja 6, die diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung enthält Eröffnung, Berichte des Bevollmächtigten, des Kassierers, der Revisoren, Diskussion, Anträge und Verschiedenes. Jede Verwaltungsstelle hat auf Grund des Statuts umgehend Versammlungen einzuberufen und Delegierte zu wählen und zwar auf je 50 Mitglieder ein Delegierter. Sind 20 weitere Mitglieder vorhanden, dann hat der betr. Ort das Recht auf Entsendung eines weiteren Delegierten. Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens bis zum 4. Februar an die Bezirksleitung des D. M. V. Krol. Huta, ul. 3. Maja 6, einlaufen. Mitgliedsbuch sowie Vollmacht der einzelnen Ortsverwaltungen ist Bedingung.

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, vormittags 10 Uhr.
Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Kattowitz. Ortsausschuß. Freitag, den 20. d. Mts., findet eine Kartellsitzung im Zentralhotel, abends 7 Uhr, statt. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig und das Erscheinen aller Delegierten notwendig.

Kattowitz. Holzarbeiter. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel die diesjährige Generalversammlung statt. Jedes Kollegen Pflicht ist es, pünktlich zu erscheinen.

Kattowitz. Gemischter Chor „Freie Sänger". Generalversammlung am Sonntag, 22. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Siemianowitz. Gesangverein „Freiheit". Am Freitag, 20. Januar, abends 8 Uhr, Gesangsprobe im Vereinslokal.

Königshütte. Sonntag, den 22. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Volkshaus Krol. Huta, Vortrag des Ingenieurs Karg-Katowice über Hüttenkunde. Wir ersuchen alle Mitglieder der freien Gewerkschaften von Krol. Huta und Umgegend an diesem lehrreichen Vortrag, der unentgeltlich ist, teilzunehmen.

Emanuelssegen (Murcki). Bergarbeiter. Am Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3½ Uhr, findet im Restaurant, wie immer, unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Die Kameraden werden ersucht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Referent aus Kattowitz zur Stelle.

Nikolai. Freie Sänger. Am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal (Ciossek). Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Nikolai. Bergarbeiterverband. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Vereinslokal (Ciossek) die Generalversammlung der Zahlstelle Nikolai statt. Es wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.

Nikolai. Achtung, Frauen! Am Sonntag, den 22. Januar, abends 6½ Uhr, findet eine Gründungsversammlung der Arbeiterwohlfahrt statt. Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Lokal: Vereinslokal Ciossek, Hotel Gorny Slonsk. Referentin: Genossin Kowoll.

Nikolai. Am Sonntag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, findet im Vereinslokal Ciossek der Umtausch der Bibliothek statt.

Vermischte Nachrichten

Der Stahlhausbau.

Bei der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen soll im Januar eine Sitzung im größeren Rahmen stattfinden, die der Information über die Stahlhausbauten der dem Stahlwerksverband angehörenden Firmen gewidmet ist. Von dieser Prüfung haben die Hypothekenbanken ihre Stellungnahme zu der neuen Baumethode abhängig gemacht. Die von Firmen, die dem Stahlwerksverband angehören, errichteten Stahlhäuser kosten im Durchschnitt etwa 24 Mark je Kubikmeter umbauten Raumes für Einzelhäuser, halbunterkellert, bei schlüsselfertiger Uebergabe. Der Uebergang zum Dreischichtensystem in der Stahlindustrie wird eine erhebliche Anzahl neuer Siedelungen für zusätzliche Arbeitskräfte notwendig machen. Voraussichtlich wird aus diesem Anlaß zum ersten Male der Stahlhausbau in größeren Serien zur Verwendung kommen.





Werbet ständig neue Leser